

Politische Berichte ★

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik.

Erscheint vierzehntäglich. Einzelpreis: 2,00 DM. Jahresabo: 78 DM

ermäßigtes Abo: 52 DM, Förderabo: 91 DM

Redaktionsanschrift

GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.

Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln.

Telefon: 0221/21 16 58, Fax: 0221/21 53 73

Nummer 7/16. Jahrgang

6. April 1995

G 7756 D Preis 2,00 DM

Sozialhilfe nur bei deutschem Paß?

DIDF, Pro Asyl, Sozialhilfe-Initiativen u. a. gegen Seehofers „Ausländerleistungsgesetz“

Die Bundesregierung will mit einer breitflächigen Verschlechterung der Sozialhilfezahlungen im kommenden Jahr die Herausbildung einer Zone ständiger Armut für große Menschengruppen in dieser Gesellschaft weiter vorantreiben. Die Pläne aus dem Haus des CSU-Gesundheitsministers Seehofer sehen u. a. vor, etwa 600 000 ausländische Flüchtlinge nur noch bei „akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen“ medizinisch zu behandeln und ihnen statt Sozialhilfe „Sachleistungen“ auszuzahlen. Zugleich soll die zwangsweise Vermittlung von Sozialhilfebeziehern in „Arbeitsstellen“ der Kapitalisten verstärkt werden. Die Tarifbruch-Strategie der BRD-Konzerne, die ähnlich wie die Konzerne in den USA auch hierzulande eine große Gruppe von „arbeitenden Armen“ schaffen wollen, von Menschen, die trotz ständiger Arbeit nie aus extremer Armut herauskommen können, soll so staatlich unterstützt werden. Auch in seiner gezielten Attacke auf Flüchtlinge orientiert sich Seehofer offensichtlich an der US-Rechten, die bereits bei den jüngsten Wahlen den Entzug aller staatlichen Zahlungen an sogenannte „illegale Einwanderer“, das Verbot des Schulbesuchs für deren Kinder und die Verweigerung medizinischer Versorgung für solche Flüchtlinge gefordert hatten. Wir dokumentieren einen ersten Protest der türkischen Föderation DIDF.

DIDF: Neuer Wind für Brandstifter!

Im Rahmen der „umfassenden Sozialhilfereform“ von Bundesgesundheitsminister Seehofer soll das Asylbewerberleistungsgesetz, das im November 1993 in Kraft getreten ist, aufgehoben und als „Ausländerleistungsgesetz“



Weit über 20 000 Kurdinnen und Kurden aus dem gesamten Bundesgebiet demonstrierten am 1. April in Düsseldorf gegen die türkische Aggression in Süd-Kurdistan. Berichte und Dokumente zur türkischen Aggression auf Seite 3. — (rül)

bzw. „Gesetz zur Neuregelung von Leistungen an Ausländer bei vorübergehendem Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland“ wieder eingeführt werden. Im Zuge des Asylbewerberleistungsgesetzes bekommen neu einreisende Asylbewerber/innen ein Viertel weniger staatliche Mindestunterstützung als Deutsche, und diese Hilfe wird nur als Gnadenbrot in Form von Naturalien und Sachleistungen gewährt. Das eigentliche Ziel war es, die Leistungskürzungen zuerst auf andere gesellschaftliche Gruppen und schließlich alle Arbeiter/innen auszudehnen. Nach

einhalb Jahren schlägt Herr Seehofer zu.

Künftig sollen auch Bürgerkriegsflüchtlinge, geduldete Ausländer/innen und Asylbewerber/innen, die bereits länger als ein Jahr in Deutschland leben, ein Dasein unterhalb des Existenzminimums führen. Das geplante Gesetz dehnt aber nicht nur die monatlichen Sozialhilfekürzungen auf 600 000 Ausländer/innen aus. Diese Menschen sollen in Zukunft nur noch zur „Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände“ ärztlich behandelt werden. Auch körperlich, geistig und

seelisch behinderte Flüchtlinge sollen nur noch dann medizinische Hilfe bekommen, wenn ihre Behinderung durch Krieg oder Bürgerkrieg verursacht wurde. Das ist ein eindeutiger Verstoß gegen Menschenrechte!

Angeblich setzt sich die Bundesregierung überall für Demokratie und Menschenrechte ein, aber was hier in Deutschland gegenüber Asylbewerber/innen und Ausländer/innen praktiziert wird, kann man beim besten Willen nicht als menschenwürdig bezeichnen. Die Rolle der Bundesrepublik bei Kriegen in aller Welt ist nicht zu übersehen. Einer der Hauptverantwortlichen für Armut, Hunger und Krieg auf der Welt ist die Bundesrepublik Deutschland. Täglich werden Waffen- und Finanzhilfen an Länder wie die Türkei geliefert.

Die geplante Neuregelung beweist erneut, daß der deutsche Staat Nährboden für faschistische Parteien und Organisationen schafft. Der Staat erklärt die Ausländer/innen zu „Schmarotzern“ und zu Zielscheiben faschistischer Angriffe. Die Tatsache, daß an Ausländer/innen sogar auf Kosten ihrer Gesundheit gespart werden kann, zeigt auch den Stellenwert, der ihnen in dieser Gesellschaft beigemessen wird. (...) Wieder wird versucht, deutsche Arbeiter/innen davon zu überzeugen, daß „Sparmaßnahmen“ an Ausländer/innen zugunsten deutscher Arbeiter/innen sind. (...)

Quelle: „Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der BRD e.V. (DIDF)“, 30. 3. 95 — (rül)

Auf Seite 3: Protest von Pro Asyl + Sozialhilfe-Initiativen

Solidaritätsaktionen

„Freilassung von Mumia Abu-Jamal!“

Mumia Abu-Jamal, ein Journalist aus Philadelphia, sitzt seit mehr als zehn Jahren in der Todeszelle des US-Staates Pennsylvania. Als ehemaliger Black Panther und späteres Move-Mitglied war er jahrelang für die Rechte der unterdrückten Minderheiten in den USA journalistisch tätig. Wegen angeblichen Polizistenmordes wurde er von einer fast ausschließlich weißen Jury und unter Nichtzulassung jeglichen Entlastungsmaterials von dem als „Henker von Philadelphia“ bekannten Richter Sabo zum Tode verurteilt. Eine breite Öffentlichkeit hat bisher dazu

beigetragen, die Unterzeichnung des Hinrichtungsbefehls zu verhindern. Der im Februar ins Amt eingeführte neue Gouverneur von Pennsylvania, Thomas Ridge, hat nun aber alle in seinem Staat zum Tode Verurteilten in einem Hochsicherheitstrakt zusammengelegt und angekündigt, sie in den nächsten Monaten töten zu lassen. Drei Hinrichtungsbefehle hat er bereits unterzeichnet. Aufgrund der zugespitzten Situation sind verstärkte Anstrengungen notwendig, um öffentlich gegen die bevorstehenden Hinrichtungen und insbesondere für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal zu agieren.

Im Rahmen eines überregionalen Aktionstages für Mumia Abu-Jamal sammelten sich am Vormittag des 23. 3. ca. 50 Menschen vor der US-Botschaft in Bonn, um für die Freilassung von Mumia Abu-Jamal und gegen die To-

desstrafe in den USA zu demonstrieren. Ein Redebeitrag über die Situation von Mumia wurde verlesen und auf Transparenten und mit lautstarken Sprechchören „Freiheit für Mumia Abu-Jamal“ gefordert. Eine Delegation der Kundgebung überreichte dem Presseattaché der Botschaft eine Petition und forderte ihn auf, sich für die Wiederaufnahme von Mumias Verfahren und gegen die angekündigten Hinrichtungen einzusetzen. Er sagte zumindest zu, die Petition ans State Department weiterzuleiten. Anschließend versammelten sich die UnterstützerInnen noch zu einer Kundgebung in der Bonner Innenstadt, um die Öffentlichkeit zu informieren.

Ähnliche Aktionen fanden am gleichen Tag auch in Amsterdam, Frankfurt, Leipzig, Stuttgart, Berlin, Hamburg, Potsdam und Heidelberg statt.

Dies war der Auftakt zu einer Reihe von Veranstaltungen, Aktionen und Demonstrationen, die in den nächsten Wochen folgen werden, um den öffentlichen Druck auf die zuständigen Stellen zu verstärken.

Es wurde eine Initiative gestartet für ein Asylbegehren für Mumia Abu-Jamal, angelehnt an den Versuch in den 80er Jahren, chilenische Gefangene über ein Asylangebot der BRD vor der Hinrichtung zu bewahren. Zur Zeit werden Erstunterzeichner für einen entsprechenden Antrag gesucht, zunächst sollen „Prominente“ angesprochen werden, aber grundsätzlich ist jede Unterschrift wichtig, je mehr, desto besser.

Weitere Infos gibt es bei: Kampagne „Mumia Abu-Jamal“, c/o Archiv 92, Postfach 150323, 28093 Bremen, Tel. 0421/354029, Fax: 0421/353918

AIDS-Billiglösung für die Pharmaindustrie

Für tausende AIDS-Infizierungen durch Blut und Blutplasma kommt der Pharmapool billig weg

Mit einer Stiftung „Humanitäre Hilfe für Aids-Opfer“ will Bundesgesundheitsminister Seehofer die Entschädigungsansprüche von durch Blut oder Blutprodukte mit dem HI-Virus Infizierte oder an Aids Erkrankte entschädigen. Das gab der Minister Mitte letzter Woche im Gesundheitsausschuß bekannt. Bund und Länder, Pharmaindustrie und das Deutsche Rote Kreuz hätten sich auf diese Stiftung geeinigt. Wer vor 1988 durch Blut oder Blutprodukte mit dem HI-Virus infiziert bzw. an Aids erkrankt ist, soll rückwirkend ab Januar 1994 monatliche Rentenleistungen zwischen 1500 und 3000 DM erhalten. Zudem sollen unterhaltsberechtigte Personen wie Kinder bis zum Abschluß ihrer Berufsausbildung und Ehegatten bis zu einem Zeitraum von fünf Jahren monatlich 1000 DM bekommen. Der Bund zahle 100 Millionen DM in die Stiftung, die Länder 50 Millionen DM. Die verbleibenden 100 Millionen DM würden von der Pharmaindustrie und dem Deutschen Roten Kreuz aufgebracht. Eine Arbeitsgruppe der Beteiligten werde noch in dieser Woche mit der Beratung der Einzelheiten des Stiftungsgesetzes beginnen.

Bleibt der Gesetzentwurf so, wie er jetzt angekündigt ist, dann wäre die Pharmaindustrie fein raus. Die SPD hat Seehofers Pläne bereits als eine „Billiglösung“ zugunsten der Pharmaindustrie kritisiert. Sie verlangt einen Fonds von 700 Millionen DM, zu dem die Pharmaindustrie mindestens 60 Prozent beitragen müsse. Auch die Verbände der Aids-Selbsthilfe sind mit der Absicht Seehofers nicht zufrieden. Die Aids-Hilfe NRW etwa hatte schon vorher auf die absehbare Ungleichbehandlung von durch Blut und Blutprodukte

Infizierten einerseits und auf anderen Wegen an Aids Erkrankten auf der anderen Seite hingewiesen (für letztere gibt es seit 1994 nur einen Fonds „humanitäre Hilfen“, ausgestattet mit 26 Millionen DM, der an ca. 3 Prozent aller an Aids Erkrankten monatlich zwischen 1000 und 2000 DM auszahlt). Außerdem kritisierte die Aids-Hilfe NRW: „Gerade aus den Lehren der Contergan-Arzneimittelkatastrophe wurde die schuldunabhängige Gefährdungshaftung (pro-



duktbezogen) eingeführt. Die Pflichtdeckungssumme für jedes Produkt beträgt 200 Millionen DM.“ Die jetzt von Seehofer verkündete „Einigung“ bedeutet für die Pharmaindustrie weniger als die Hälfte dieser Deckungssumme!

Wir dokumentieren Auszüge aus einer gemeinsamen Stellungnahme der Deutschen Aids-Stiftung in Köln, der Deutschen Aids-Hilfe und der Aids-Hilfe Landesverbände NRW, Niedersachsen, Hessen und Baden-Württemberg. — (rül)

„Endlich Druck auf Pharmapool“

„Die Deutsche Aids-Stiftung ‚Positiv leben‘, mehrere Aids-Hilfe-Landesverbände und die Deutsche Aids-Hilfe begrüßen die Haltung der Bundesländer in der Frage der finanziellen Hilfen für durch Blut und Blutprodukte mit HIV infizierte und an Aids erkrankte Menschen. Die Länder haben sich bereit er-

klärt, freiwillig einen Beitrag in der Größenordnung von 50 Millionen DM für die materielle Hilfe zur Verfügung zu stellen. (...) Die Länder knüpfen an die Zahlung Bedingungen, die seitens der Aids-Hilfe-Einrichtungen begrüßt werden. So fordern die Länder eine erhebliche Erhöhung der Gesamtsumme, die in die Stiftung zur Entschädigung von durch Blut und Blutprodukte infizierte Menschen eingebracht werden soll. Dieser Mehrbetrag soll seitens der Pharmaindustrie, dem Verursacher des Blut-Pharmaskandals, bzw. der Pharma-Versicherer (dem sog. Pharmapool) aufgebracht werden. Dieser Pool hat sich bislang geweigert, auch nur einen Teilbetrag seiner auf 600 Millionen DM geschätzten Rücklagen für die Entschädigung einzusetzen. Die Länder fordern den Bund nachdrücklich auf, im Falle der weiteren Weigerung der Versicherer den Druck auf den Pharmapool deutlich zu

verstärken. (...)

Des weiteren knüpfen die Länder ihre Bereitschaft zur Zahlung an eine Novellierung des Arzneimittelgesetzes und an bessere Bedingungen zugunsten der Betroffenen bei der zu gründenden Bluter-Stiftung. So soll grundsätzlich eine Wahlmöglichkeit zwischen Kapitalentschädigung und Rentenzahlung geschaffen werden, so soll die vom Bundesgesundheitsminister vorgeschlagene zynische 15-Monate-Erkrankens-Bedingung für Kapitalentschädigungen fallen.

Die Länder reagieren mit ihrem Vorschlag entschieden auf die Verweigerungshaltung der Versicherer und die Resignation des Bundesgesundheitsministers, der es zugelassen hat, daß durch die Haltung der Versicherer der vom 3. Untersuchungsausschuß des Bundestages vorgeschlagene Finanzrahmen massiv zu Lasten der Betroffenen und der Öffentlichen Hand verändert wurde. Der Untersuchungsausschuß hatte eine öffentliche Beteiligung von 35 Prozent (Bund und Länder) und eine private von 65 Prozent (Pharmahersteller/versicherer und behandelnde Ärzte) vorgeschlagen. (...) Zwischenzeitlich hatte sich BMG und Pharmaunternehmen auf ein Modell verständigt, bei dem die Öffentliche Hand 60 Prozent und die Pharmaunternehmen und das DRK gemeinsam 40 Prozent zu zahlen hätten. Eine endgültige Fehlverteilung der finanziellen Verantwortlichkeiten zu Lasten der Steuerzahler und zum Nutzen der Versicherungswirtschaft.

Das Verdienst der Bundesländer ist es nun, diese völlige Verzerrung der Verantwortlichkeit korrigieren zu wollen (...)

Quelle: Presseerklärung vom 28. März 1995

AKTUELL IN BONN

Schengen: Schon 2 Mio. Daten

Am 26. März ist das Schengener Abkommen nach langem und heftigem Drängen der Bundesregierung in Kraft getreten. Bei Land- und Flugreisen zwischen den sieben „Schengen-Staaten“ Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande, Spanien, Portugal und BRD entfallen nunmehr die Grenzkontrollen. Italien, Österreich und Griechenland wollen dem Vertrag ebenfalls beitreten bzw. die sog. „technischen Bedingungen“ für den Wegfall der Grenzkontrollen ebenfalls schaffen. Hauptbedingung, die keinesfalls „technischer“ Natur ist, ist dabei der Anschluß an ein EU-weites Polizeifahndungssystem. Schon bei Inkrafttreten des Vertrages, so Kanzleramtsminister Schmidbauer stolz, seien zwei Millionen Fahndungsdatensätze geladen gewesen. In der ersten Ausbaustufe sind bis zu 8 Millionen Datensätze möglich. Eine parlamentarische Kontrolle dieser Daten besteht bis heute nicht und ist auch gar nicht vorgesehen.

UN-Einsätze für Ruhe an 3. Stelle

Bei Einsätzen von Bundeswehrseinheiten im Ausland stehen Einsätze unter UN-Kommando für Verteidigungsminister Rühe erst an dritter Stelle. An erster Stelle stehen Auslandseinsätze unter direktem deutschen Kommando, an zweiter Einsätze für NATO und WEU. In einer Ansprache vor dem Landesverband der bayerischen Industrie erklärte der Minister am 21. März in München:

„Es herrscht weithin ein völliges Mißverständnis über die Aufgaben der Krisenreaktionskräfte. Vielfach wird so getan, als ob wir 50000 Soldaten für die UNO marschbereit halten müßten. Das ist natürlich Unfug. Krisenreaktionskräfte sind erstens die präsenten Kräfte zur Landesverteidigung ... Sie sind zweitens Deutschlands rasch verfügbarer Beitrag zur Solidarität in NATO und WEU ... Sind bilden schließlich das Kräftepotential, aus dem im Einzelfall begrenzte deutsche Kontingente für Einsätze im Rahmen der Vereinten Nationen geschöpft werden können.“ (Pressemitteilung BmVg, 21. März)

CDU: Wirtschaftsverbände-Fusion

In der CDU wollen die Wirtschaftsverbände ihr Gewicht weiter stärken. Am Wochenende beschlossen die Mittelstandsvereinigung (MIT) in der CDU und die „Wirtschaftsvereinigung“ (WiV) ihren Zusammenschluß. In der MIT sind 40000 Mitglieder organisiert, der WiV gehören rund 3000 Personen an, die meisten davon Industrielle, Banker und Manager in NRW. Der neue Verband hat wie die bisherigen Organisationen in der CDU Sitz und Stimmrecht, kann damit auf Personalentscheidungen und Beschlüsse der Parteitage direkt Einfluß nehmen. Schon jetzt sind 130 Abgeordnete von CDU/CSU im Bundestag Mitglieder der „Mittelstandsvereinigung“.

Kapitalisten contra Erbschaftssteuer

Der Verband Deutscher Maschinen- und

Anlagenbau (VDMA) hat sich in die Diskussion um die Erbschaftssteuer mit neuen Forderungen nach Steuersenkung eingeschaltet. In einem Brief an den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), den er zugleich veröffentlichte, hat der VDMA eine einheitliche Position der Konzerne und Industrieverbände zwecks weiterer Senkung der Erbschaftssteuer gefordert. Die von Waigel im „Jahressteuergesetz 1996“ vorgeschlagenen Senkungen sind dem Verband zu wenig. Der VDMA fordert, Schenkungen oder Erbschaften von Betrieben generell nach Steuerklasse I der Erbschaftssteuer zu veranschlagen. Steuerklasse I gilt bisher nur für Ehegatten, Kinder und Enkel und beinhaltet eine Erbschaftsteuer zwischen 3% (bei zu versteuerndem Erbe von 35000 DM) und 35% (bei über 100 Mio. DM Erbe). Da Waigel bereits einen „Freibetrag“ von 500000 DM bei Betriebsvermögen plant, bedeutet dies: Wer einen Betrieb mit einem steuerlichen Wert von 535000 DM erbt, zahlt ganze 1050 DM Erbschaftssteuer! Bisher galt für Schenkungen oder Erbschaften an „Familienfremde“ ein Steuersatz von mindestens 20%, im obigen Beispiel also 7000 DM Erbschaftssteuer.

Ost-Renten vor langer Stagnation?

Gleich mit zwei Nachrichten hat die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) Bundesarbeitsminister Blum unter Druck gebracht. Zuerst verkündete die Anstalt, daß die Beiträge zur Rentenversicherung aller Voraus-

sicht nach bereits im nächsten Jahr wie der steigen müßten. Grund soll angeblich Waigels Steuerentlastung des Existenzminimums sein. Da die Renten an die Nettolohnentwicklung gekoppelt seien, müßten damit auch die Renten stärker steigen. Ein Beitragsanstieg über 19 Prozent (derzeit 18,6%) sei unvermeidbar. Sodann verkündete die BfA, daß ab 1996 die Renten im Osten womöglich mehrere Jahre lang nominal stagnieren, real aber fallen werden. Der Grund ist hier, daß mit dem Rentenüberleitungsgesetz sogenannte „Auffüllbeträge“ entstehen, um die Renten im Osten schneller gestiegen seien als die Lohnentwicklung. Diese „Auffüllbeträge“ werden laut Gesetz ab 1996 nun mit den Rentenanhebungen verrechnet. Die Folge ist, daß Rentner im Osten — vor allem Frauen — auf Jahrzehnte hinweg real sinkende Renten zu erwarten haben — zeitgleich mit der Freigabe der Ostmieten! Die durchschnittliche Rente im Osten beträgt derzeit für Frauen gerade 1035 DM im Monat. Die BfA will jetzt mit Blum verhandeln.

Was kommt demnächst?

Am 6. April beginnt Bundeswirtschaftsminister Rexrodt eine zehntägige Auslandsreise. Bis zum 16. April reist er durch Vietnam, Malaysia und Indonesien. In Luxemburg berät am 6. April der EU-Fischereirat über den Fischereikonflikt mit Kanada. Der Bundestag tritt erst am 26. April wieder zusammen. Kurz danach, am 14. Mai, sind die Wahlen in Bremen und NRW.

Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI)

Gegen Manipulierung am Existenzminimum

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG-SHI) weist den Versuch des Bundesgesundheitsministeriums, durch weitere Absenkung der Sozialhilfe die Armutsbevölkerung noch mehr zur Ader zu lassen, auf das Entschiedenste zurück. Dahinter verbirgt sich der durchsichtige Plan, durch eine von der Öffentlichkeit nicht mehr nachvollziehbare Herabmanipulierung des soziokulturellen Existenzminimums (also des sozialhilferechtlichen Bedarfs) Finanzminister Waigel unter die Arme zu greifen. Denn je niedriger das ab Januar 1996 von der Steuer freizustellende Existenzminimum angesetzt wird, desto weniger Personen fallen unter das so definierte Existenzminimum und desto geringer fällt das von vielen prognostizierte steuerliche Milliardenloch im Bundeshaushalt aus.

Wir halten an unserer Forderung nach einem bedarfsorientierten Existenzgeld von aktuell ca. 1300 DM + Mietkosten im Monat fest. Selbst wenn man den Durchschnitt der aktuell gültigen Regelsätze und die sog. „Sozialhilfeschwelle“ zugrundelegen würde, so käme man für 1996 auf ein Existenzminimum einer alleinstehenden Person von 17096,35 DM jährlich (Anlage 1). Das Finanzministerium hat demgegenüber das steuerfrei zu stellende Existenzminimum für eine erwachsene alleinstehende Person auf nur 11874 DM jährlich „angesetzt“. Die vorgeschlagene Regelung würde damit einer erneuten verfassungsgerichtlichen Überprüfung nicht standhalten.

Die aktuell bekanntgewordenen Pläne zu Kürzungen in der Sozialhilfe bereiten den Weg zu dieser Manipulation. Die Behauptung Gesundheitsminister Seehofers, der Abstand zwischen unteren Lohngruppen und Sozialhilfe sei nicht gewahrt, betrachten wir als eine Irreführung der Öffentlichkeit. Seine Vorgängerin, Familienministerin Rönisch, hatte 1993 beim Kölner Otto-Blume-Institut ein Gutachten in Auftrag gegeben, um nachweisen zu lassen, daß der Abstand zwischen Sozialhilfe und unteren Lohngruppen zu gering sei. Ergebnis: In den alten Bundesländern bestehe im Durchschnitt in allen Haushaltstypen ein deutlicher Abstand zu den Durchschnittseinkommen unterer Lohn- und Gehaltsgruppen. Es heißt dort eindeutig: „Vorschläge zu einer pauschalen Kürzung der Sozialhilfeleistung lassen sich somit nicht unter Berufung auf das Abstandspostulat begründen.“ Und selbst der von Minister Seehofer angeführte Haushaltstyp — Ehepaare mit drei Kindern —, deren Sozialhilfebedarf rigoros gekürzt werden soll, dient in dem Gutachten keineswegs als Beleg für die unterstellte Überschneidung von Sozialhilfe und unteren Einkommen (Anlage 2). Schließlich würde der gesetzlich zu garantierende, willkürlich gewählte Abstand von 10 bis 20 % zwischen Sozialhilfe und Lohn-einkommen einer völligen Liquidierung des bereits schwer angeschlagenen Bedarfsdeckungsprinzips gleichkommen und wäre rechtswidrig. Daß es in manchen Fällen zu Überschneidungen zwischen Sozial- und Lohn-einkommen kommt, liegt nicht an der zu hohen Sozialhilfe, sondern an den zu niedrigen Löhnen, die nicht existenzsichernd sind, sowie an dem zu geringen Kindergeld.

Rechtswidrig wäre unseres Erachtens ebenfalls die geplante Einführung von Sachleistungen. Das Bundesverwaltungsgericht folgert aus dem Würdeprinzip, daß jeder erwachsene Mensch grundsätzlich einen Anspruch darauf hat, daß die laufende Hilfe zum Lebens-

unterhalt in Geld gewährt wird. Im übrigen widerspricht bereits die bestehende Praxis, sozialhilfeberechtigten Asylsuchenden eine geringere Sozialhilfe zu zahlen, dem Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung. Die geplante Ausweitung des Sachleistungsprinzips auf zusätzlich über 600 000 ausländische Menschen kommt einer staatlichen Aussonderung gleich. Wir treten gemeinsam mit Pro Asyl und anderen Menschenrechtsorganisationen für eine Rücknahme der Asylgesetzgebung und für die Abschaffung des Sachleistungsprinzips bei Sozialleistungen ein.

Wir lehnen Zwangsarbeitsmaßnahmen grundsätzlich ab. Es ist erwiesen, daß sog. „Prämienarbeiten“ (Sozialhilferegelsatz + Stundenlohn bis max. 4 DM) nach dem Bundessozialhilfegesetz keinerlei sozialintegrative oder arbeitsmarktpolitische Wirkung haben und den Betroffenen auch keinerlei berufliche Perspektive bieten. Prämienarbeiten dienen hingegen den Sozialverwaltungen dazu, „Arbeitsunwillige“ aus dem Sozialhilfebezug zu drängen, gefährden darüber hinaus reguläre Arbeitsplätze im Bereich kommunaler Pflichtaufgaben und höhlen tarifliche Standards aus.

Wir rufen alle Parteien, Kirchen, Wohlfahrts- und Sozialverbände sowie die Gewerkschaften dazu auf, dem weiteren Abbau sozialstaatlicher Leistungen mit uns gemeinsam entgegenzutreten. Wir fordern die Streichung des Lohnabstandsgebots aus dem BSHG und eine schon lange überfällige, an Bedarfsgesichtspunkten orientierte deutliche Erhöhung der Sozialhilfe-Regelsätze auf ein Niveau, das ein Leben in Würde auch tatsächlich erlaubt.

Anlage 1: Das Bundesverfassungsgericht ist in seinem Urteil vom 25.9.92 unter Berücksichtigung eines Mehrbedarfs für Erwerbstätige von 25 % zu einem steuerfreien Existenzminimum von rund 14000 DM für Alleinstehende gelangt. Rechnet man diese Summe mit dem vom Bund der Steuerzahler geschätzten Anstieg des sozialhilferechtlichen Bedarfs zwischen 1992 und 1996 von 15 % hoch, so ergibt dies für das Jahr 1996 einen jährlichen Mindestbedarf von 16100 DM oder 1341,67 DM im Monat. Sozialhilfeschwelle: Eckregelsatz (Durchschnitt der Bundesländer) 512,00 DM
Absetzbetrag nach § 76 BSHG (früher Mehrbedarfszuschlag) .. 256,00 DM
Einmalige Beihilfen (15 % aus Summe Eckregelsatz + Absetzbetrag) 115,20 DM
Miete (lt. Stichprobe des Bundesfamilienministeriums 1988) . 400,00 DM
Heizung (25 % der Mietkosten) 100,00 DM
Monatl. Bedarf aktuell 1383,20 DM
Entsprechendes jährliches Existenzminimum 16598,40 DM
Monatlicher Bedarf 1996 (bei einem geschätzten Anstieg der Lebenshaltungskosten von 3 %) ... 1424,70 DM
Entsprechendes Existenzminimum 1996 17096,35 DM

Anlage 2: Obwohl der Abstand hier am Geringsten ist, kommt dem kaum quantitative Relevanz zu: der entsprechenden Einkommensgruppe (männliche Angestellte der Leistungsgruppe V) gehören nämlich nur 1,5 % aller männlichen Angestellten der untersten Leistungsgruppe V an. „Der Anteil der darunter vorkommenden Haushalte mit drei oder mehr Kindern“, so die Gutachter, „dürfte statistisch nicht mehr nachweisbar sein“.

Quelle: Presseerklärung, 31. März

PRO ASYL

Juristisch kodifiziertes Unrecht

Der Sprecher der Bundesweiten Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge, Heiko Kauffmann, hat den von Bundesgesundheitsminister Seehofer (CSU) vorgelegten Entwurf eines neuen „Ausländerleistungsgesetzes“ als „staatlich betriebene Ausgrenzung“ und weiteren Schritt zur vollständigen Zerschlagung des sozialen Sicherungssystems scharf zurückgewiesen. Dieser Entwurf sehe im Vergleich zur derzeitigen, ohnehin restriktiven Versorgungspraxis von Flüchtlingen und Ausländern noch einmal erhebliche Einschränkungen und Verschärfungen vor, z. B.:

- * noch weiter reduzierte Sozialleistungen, „Freßpakete“ für über 600 000 Ausländerinnen und Ausländer
- * weiter reduzierte medizinische Versorgung, Verweigerung medizinischer

Hilfe für diejenigen vor, die diesen Status u. U. erhalten könnten.

Weiter betrifft das Gesetz eine große Zahl von Flüchtlingen, die bereits aus humanitären Gründen seit längerem eine Aufenthaltsbefugnis nach § 32 des Ausländergesetzes besitzen. Nach Schätzungen von PRO ASYL könnte es sich dabei um etwa 200 000 bis 400 000 Flüchtlinge, z. B. aus Afghanistan, Äthiopien und Iran, handeln.

„Damit läßt die Regierung die Katze aus dem Sack. Es geht nicht mehr um die Unterschreitung des Existenzminimums für Menschen, die nur vorübergehend hier leben. Das Asylbewerberleistungsgesetz war die erste Stufe durch Gesetz herbeigeführter organisierter Unterversorgung und Armut“, erklärte Heiko Kauffmann. PRO ASYL habe

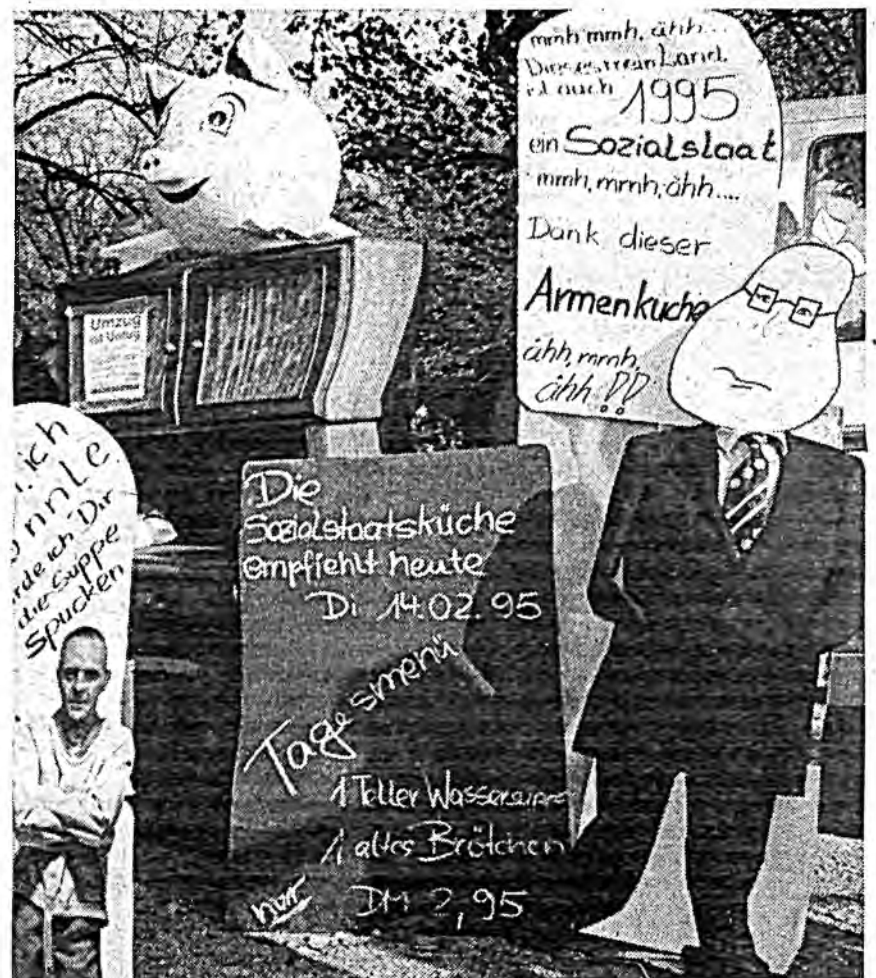


Foto: af/mz

schon vor Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes im Jahre 1993 davor gewarnt, daß es nicht bei einem Asylbewerberleistungsgesetz bleiben werde und „Ausgrenzung durch Sondergesetze“ die Strategie sei, mit der die Regierung die Einheitlichkeit des sozialen Sicherungssystems zerschlagen wolle.

- * flächendeckende erkennungsdienstliche Behandlung von Bürgerkriegsflüchtlingen.

Das Gesetz soll das erst im November 1993 in Kraft getretene Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ablösen und wird dessen bisher für ca. 90 000 Asylsuchende geltende Leistungsbeschränkungen auf möglicherweise bis zu 1 Million Ausländer und Ausländerinnen ausweiten. Schon der neue Name des Gesetzes macht deutlich, daß es für viele Ausländer und Ausländerinnen gelten wird, die bereits seit Jahren in Deutschland leben und zum Teil auf Dauer hier bleiben werden.

Die Leistungseinschränkungen des als Referentenentwurfs firmierenden Ausländerleistungsgesetzes sollen künftig auch für Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge mit einer Aufenthaltsbefugnis gelten. Dies ist besonders zynisch, da die Bundesregierung keine echten Bemühungen unternommen hat, den Sonderstatus der Kriegsflüchtlinge im Sinne des § 32a Ausländergesetz in die Praxis umzusetzen. Das Gesetz sieht Leistungskürzungen dennoch im Vor-

schon vor Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes im Jahre 1993 davor gewarnt, daß es nicht bei einem Asylbewerberleistungsgesetz bleiben werde und „Ausgrenzung durch Sondergesetze“ die Strategie sei, mit der die Regierung die Einheitlichkeit des sozialen Sicherungssystems zerschlagen wolle.

„Menschen zum Zweck der Kostenersparnis und Abschreckung in Sondergesetze zu zwingen, ist juristisch kodifiziertes Unrecht, das sich für einen sozialen Rechtsstaat verbietet“, erklärte Kauffmann.

Er forderte die Freien Demokraten und die Oppositionsparteien auf, unmißverständlich Stellung zu beziehen und den Entwurf umgehend in den Reißwolf zu befördern. Nötig sei nicht eine weitere Verschärfung, „sondern die vollständige Abschaffung von Sondergesetzen wie dem Asylbewerberleistungsgesetz, das immer mehr Menschen in Verelendung und Isolation treibt und zur gesellschaftlichen Diskriminierung und Dehumanisierung von Flüchtlingen beiträgt.“

Presseerklärung von PRO ASYL, Frankfurt/Main, 27. März 1995

Stoppt die türkische Aggression!

**Presseembargo als
Vorbote neuer Massaker?**

Die türkische Aggressionsarmee steckt zwei Wochen nach Beginn ihres Einmarsches in Südkurdistan in wachsenden Schwierigkeiten. Ihre Erfolgsmeldungen stehen in merkwürdigem Kontrast zu der Tatsache, daß bis heute keine Fotos von den angeblich vielen getöteten kurdischen Guerillas gezeigt wurden — und das bei einer Armee, die ansonsten keine Scheu hat, erlegte Gegner wie „Jagd-Trophäen“ im Bild zu zeigen? Die kurdische Nachrichtenagentur Kurd-A spricht demgegenüber von inzwischen über 500 getöteten türkischen Soldaten und nur etwa 20 gefallenen Guerillas.

Je größer die Verluste im Kampf gegen die Guerilla, um so zügelloser wütet die türkische Armee unter der Zivilbevölkerung. Fast täglich gehen Berichte über Greuelthaten der Armee an der Zivilbevölkerung, Verhaftungen, Plünderungen, Vergewaltigungen ein. Selbst die der Türkei eher verbundene südkurdische Partei PUK (Talabani) berichtet, eines der ersten von der Türkei bombardierten angeblichen „PKK-Lager“ sei ein Lager von Frauen, Kindern und Behinderten gewesen. Die scharfe Pressezensur über das Kriegsgebiet verstärkt

den Eindruck, daß das Militär zu Massakern an der kurdischen Zivilbevölkerung entschlossen ist. Währenddessen rückt von Süden die irakische Armee gegen die kurdischen Gebiete vor...

Der neue türkische Außenminister İnönü ist kurz vor Drucklegung dieser Zeitung in Bonn eingetroffen. Ihm wurde von Kinkel und den Unionsparteien nur sehr milde „Kritik“ vorgetragen. Im wesentlichen wünscht man in Bonn einen raschen Erfolg der türkischen Armee, um neben der sowieso fortlaufenden Polizei- und Geheimdienstzusammenarbeit gegen die kurdischen Organisationen auch die militärische Zusammenarbeit uneingeschränkt wieder aufnehmen zu können.

Aus Ankara werden derzeit Pläne lanciert von einer gemeinsamen Kontrolle der kurdischen Gebiete durch die Türkei, Frankreich, Großbritannien und die USA — nicht viel anderes also, als bisher schon de facto in der sogenannten „UN-Schutzzone“ besteht. Daß diese angebliche „Schutzzone“ in Wirklichkeit ein modernes Reservat, ein Gefangenlager für die kurdische Bevölkerung darstellt, wird damit nur noch offensichtlicher. — (rül)



Batman, Nordwestkurdistan, im März 1995

Kurdischer Roter Halbmond

Offener Brief an das UNHCR und das IKRK

HEYVA SOR A KURDISTANE
Kurdischer Roter Halbmond
In der Stehle 26
53547 Kasbach Ohlenberg
Tel. 02644/8891, Fax: 02644/7845
Sparkasse Bochum: Kto. Nr. 4400453
BLZ: 430 500 01. HEYVA SOR A KURDISTANE ist als gemeinnützige und mildtätige Körperschaft anerkannt.

An den Präsidenten
des Internationalen Komitees
vom Roten Kreuz,
Herrn Dr. Cornelio Sommaruga
19, Avenue de la Plaix
CH-1202 Geneve
22. März 1995

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Sie bereits wissen, hat der türkische Staat am 19.3.1995 eine sehr umfangreiche Militäroperation gegen die militärischen Stützpunkte der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) auf südkurdischem Territorium gestartet.

Diese sei, wie auch die offiziellen Quellen der Türkischen Republik und beab-

der Armee berichten, die gewaltigste Militäroperation in der Geschichte der Türkischen Republik.

Wir, als HEYVA SOR A KURDISTANE, haben seit Beginn dieser Operation erhebliche Befürchtungen, daß die Zivilbevölkerung nicht geschützt ist. Unsere Bedenken, daß diese Offensive nicht nur die PKK, sondern auch die Zivilbevölkerung als Zielscheibe hat, haben sich durch Presseberichte verdichtet.

So haben uns zwei Kurden namens Serhat und Hasan aus dem Angriffsgebiet bei Zaxo am 20. März 1995 um 21.30 Uhr angerufen und damit ihre Hoffnung verbunden, wir könnten als humanitäre Organisation etwas gegen derartige Angriffe gegen die Zivilbevölkerung unternehmen. Sie berichteten von schweren Angriffen gegen die Zivilbevölkerung durch das türkische Militär.

Die beiden Anrufer erklärten: „Im Juni 1994 sind wir mit etwa 3000 anderen Personen aufgrund der Repression des türkischen Staates aus dem Gebiet Hakkari/Cukurca geflohen und beab-

Plattform kurdischer Organisationen

Protest gegen die türkische Aggression

Die Plattform kurdischer Organisationen, die u.a. von der PKK, der PSK, KAWA und PIK getragen wird, hat zu der militärischen Invasion der türkischen Armee in Südkurdistan folgende Erklärung veröffentlicht.

„In der Nacht vom 19. auf den 20. März hat die türkische Armee mit mehreren zehntausend Soldaten und schwerster Kriegerartillerie sowie Panzern, Kanonen und Tankfahrzeugen die Grenze bei Habur überschritten.“

Nachdem die nächstliegende Stadt Zaxo belagert wurde, bewegte sich das Militär 380 km entlang der Grenze und ist 40 km in das Landesinnere eingedrungen. Die Grenzdörfer Darkar und Hiziva wurden besetzt und die männlichen Bewohner verhaftet. Ferner wurden über die Stadt Zaxo eine Ausgangssperre verhängt und zahlreiche Personen festgenommen.

Laut Angaben des Flüchtlingskommissariats der UNO in Genf wurden im Gebiet Ertus bei Zaxo über 700 Kriegsflüchtlinge aus Nord-Kurdistan, die sich in den Flüchtlingscamps der UNO aufhielten, verhaftet und mit Militärfahrzeugen zu einem unbekannten Ort verschleppt.

Die türkische Armee hatte in der letzten Zeit in Süd-Kurdistan ähnliche Angriffe durchgeführt. Seit einiger Zeit waren wir im Besitz der Nachricht, daß die türkische Armee eine militärische Großoffensive starten wolle.

Die türkische Regierung und der Generalstab werden, wie auch bei den früheren Angriffen, versuchen, die Weltöffentlichkeit mit Lügen zu täuschen; daß die Angriffe sich gegen die Guerilla der PKK richten, die sich in diesem Gebiet aufhalten sollen. In diesem Gebiet wurden seit 1992 keine PKK-Stellungen geortet.

Die Dorfbewohner, die die türki-

sche Armee nach der Besetzung festnimmt — besser gesagt als Geiseln nimmt — sind keine geringeren als die Zivilbevölkerung. Die Behauptung der türkischen Regierung, in diesem Gebiet Stellungen der PKK ausfindig gemacht zu haben, zeigt ihre Doppelzüngigkeit. Die Regierung versucht, ihre Großoffensive durch solche Täuschungsmanöver als einen gerechtfertigten Angriff darzustellen.

Der Angriff der türkischen Armee in Süd-Kurdistan ist nichts anderes als eine Besatzungsinvasion. Er ist eine Invasion, die alle internationalen Rechte mit Füßen zertritt, die Souveränität der südkurdischen Konföderation mißachtet und das Ziel hat, die patriotischen Kräfte anzugreifen. Seine Aussage ist eine offizielle Unterstützung des Saddam-Regimes. Nach Informationen aus dieser Region werden in den besetzten Orten weiterhin systematische Verhaftungen vollzogen. Durch die Angst vor Massakern würde das Volk in die inneren Regionen flüchten. Das Volk ist vom Saddam-Regime, das vom Süden her angreift, und von der türkischen Armee umzingelt.

Seit 1991 führt die Türkei Angriffe in Süd-Kurdistan durch mit dem Vorwand, Stellungen der PKK zu neutralisieren. Die westlichen Staaten und die internationalen Gremien haben mit ihrer Zurückhaltung gegenüber diesen Angriffen die Türkei zu weiteren Angriffen ermutigt. Wir fordern die Vereinten Nationen und alle anderen Staaten sowie die internationalen Mechanismen auf, den türkischen Einmarsch als Aggression zu verurteilen und den Rückzug zu verlangen. Die Flüchtlinge in Kurdistan müssen von den Vereinten Nationen geschützt werden. Ebenso muß der Schutz für die verschleppten Flüchtlinge gewährleistet werden.“ (Kurd-A, 25.3.)

sichtigten, in den vom UNHCR eingerichteten Lagern in Südkurdistan Schutz zu suchen. Aber diese Lager haben wir nicht erreicht, deshalb mußten wir in Zelten, Höhlen oder, wenn wir Glück hatten, bei Bekannten in grenznahen Dörfern unterkommen. Dort versuchten wir, irgendwie weiterzuleben. Am 20.3.1995 gegen 11 Uhr kamen türkische Armeekräfte zu unseren Zufluchtsorten: Dies sind die nahe Zaxo gelegenen Dörfer Dalker, Hizava und Griki. Sie führten eine Ausweiskontrolle durch, beschimpften uns auf erniedrigende Art und Weise und folterten sehr viele von uns. Zwei schwangere Frauen haben sie über den Boden geschleift. Dies führte dazu, daß bei den Frauen Unterleibsblutungen auftraten. Danach drohten sie, uns in die Türkei zurückzuholen. Noch einmal wurden einige über den Boden geschleift und geschlagen. Gruppenweise wurden Menschen mit militärischen Fahrzeugen weggebracht. Uns beiden gelang es, zu fliehen und uns zu verstecken. Wir wissen nicht, wohin die Menschen verbracht worden sind. Die meisten von ihnen werden umgebracht werden. Bitte, erzählt das allen.“

Danach war die Telefonverbindung unterbrochen. Allein aufgrund der Aus-

sagen dieser beiden Anrufer kann man darauf schließen, daß die Situation vor Ort für die betroffenen Menschen sehr schrecklich ist.

Der Presse und anderen Informationsquellen zufolge versucht die türkische Armee, Flüchtlinge aus den nordkurdischen Gebieten, die seit März 1994 in Südkurdistan Schutz suchen, gewaltsam in die Türkei zurückzuführen. Die jetzige Operation ist nicht eine der seit Jahren immer wieder durchgeführten und bereits zur Routine gewordenen grenzüberschreitenden Operationen des türkischen Militärs und auch nicht einer der unzähligen alltäglichen Verstöße gegen die Menschenrechte in der Türkei und Kurdistan, sondern legt den starken Verdacht nahe, daß diese Operation der Anfang eines Massenmordes ist. (...)

Genau deshalb wendet sich HEYVA SOR A KURDISTANE an das Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen und an das Internationale Komitee vom Roten Kreuz, um in Anbetracht der Tragödie noch Schlimmeres zu verhindern und um schnellstens zum Schutz der Zivilbevölkerung und Flüchtlinge einzugreifen.

Hochachtungsvoll
Hasan Dagtekin, Geschäftsführer

Die Ukraine — ein Experimentierfeld des IWF

Eine Betrachtung nach dem Parteitag der Kommunistischen Partei der Ukraine Von Achim Wahl

Spricht man in der westlichen Öffentlichkeit vom Osten, meint man damit vor allem Rußland und versteht darunter bestenfalls noch, daß dieses Rußland die frühere Sowjetunion gewesen ist.

Kaum jemand spricht aber zum Beispiel über die Ukraine als den zweitgrößten Staat der UdSSR, Mitglied der UNO seit Beginn, jetzt Mitglied der GUS, und ihre Bevölkerung von über 50 Millionen Menschen, die der Frankreichs in etwa gleichkommt. Ist das, was in diesem Lande vor sich geht, weniger bedeutsam für Europa und die Welt?

Die Schocktherapie des IWF und die neue politische Kaste

Die Ukraine erklärte am 1. 12. 1991 ihre Unabhängigkeit. Der Putsch im August 1991 in Moskau war gescheitert, Gorbatschow hatte abgedankt und Jelzin die UdSSR für aufgelöst erklärt. Die Bevölkerung der Ukraine entschied sich für die totale Loslösung von Moskau und die strikte Abgrenzung von Rußland. Das ehemalige Mitglied des Politbüros und erster Sekretär der KP der Ukraine, Krawtschuk, wurde Präsident und betrieb, unterstützt von erwachenden nationalistischen Kräften, eine auf den Westen und die Einführung der Marktwirtschaft ausgerichtete Politik. Im März 1992 trat die Ukraine dem Internationalen Weltwährungsfonds bei, führte eine eigene, vom Rubel unabhängige Währung, den Karbowanez, ein und begann, die Forderungen des IWF, der Weltbank und der Europäischen Bank für Rekonstruktion und Entwicklung, die in beschränktem Maße Geld gaben, zu realisieren. Das bedeutete Schocktherapie für Wirtschaft und Bevölkerung und im Ergebnis: Chaos, immer mehr notleidende Bevölkerung, Korruption und scharfe Machtkämpfe zwischen den im politischen Sattel sitzenden „neuen“ und alten Kräften.

N.M. Witrenko, Doktor der Wirtschaftswissenschaften, sieht das so: „Den professionellen Mitarbeitern harter Szenarien muß man es lassen: Alles ist komplex bedacht, folgerichtig, jeder Schritt wird kontrolliert und, wenn nötig, korrigiert. Das Schema ist offensichtlich: Unter der Losung ‚marktwirtschaftlicher Reformen‘ in der Ukraine werden begonnene Reformen blockiert und der Versuch, ein neues gesellschaftlich-wirtschaftliches System zu entwickeln, zerstört.“ (Wibir, Theoretisches und Politisches Journal, Nr. 1/1995, S. 77, Kiew) Realistisch denkende Kräfte in der Ukraine sahen durchaus die Notwendigkeit tiefgreifender Reformen. So meint z. B. Witrenko, daß das totalitäre System der sowjetischen Wirtschaft radikaler Reformen bedurfte. Unübersehbar war, daß wesentliche Teile der Wirtschaft des Landes, z. B. der Kohlebergbau mit seinen über 230 Gruben, technologisch überaltert und technisch rückständig waren. Gehandelt aber wurde nach der Devise: „Schnellste Überleitung des staatlichen Eigentums in Privateigentum, ehe das Volk dahinterkommt!“ Der Marktwirtschaftler Jeffrey Sachs schrieb im Juli 1994 in der *Washington Post*: „Wenn die Politik des IWF auf Verminderung der Inflation ausgerichtet ist, führt sie doch unweigerlich zu einer tiefgreifenden Stagnation ... wie die Entwicklung in der Ukraine zeigt. Der IWF ... anerkennt nicht, daß seine eigene Politik zu solchen schlimmen Ergebnissen führt.“



Foto: af/mz

Und diese „Ergebnisse“ können sich sehen lassen!

Die Freigabe der Preise führte zu einer Hyperinflation, die 1994 3000 % erreichte. Die Produktion sank in allen Sektoren um ein Vielfaches. Der Umfang der industriellen Produktion nahm in den Jahren 1992 bis 1993 um die Hälfte ab und verringerte sich 1994 nochmals um 36 %.

In der Gesellschaft führte dieser Weg zu einer plötzlichen und massiven sozialen Differenzierung. So verfügen z. B. jetzt 10 % der Bevölkerung über 30 % des Bevölkerungseinkommens. Nach offiziellen Angaben des Arbeitsministeriums der Ukraine gehören aber schon 1993 63 % der Bevölkerung zum verarmten Teil. Im Interesse „der Erhöhung der Effektivität der Produktion“ wird die Privatisierung mit gleichbleibender Intensität betrieben: Im ersten Halbjahr 1994 wurden von 8800 Staatsunternehmen über 40 % privatisiert. Die Arbeitslosigkeit beträgt — auch deshalb — 44 %.

Die politischen Parteien und die Linken

In der Ukraine hatten sich noch zur Zeit der UdSSR eine Reihe Parteien rechter und nationalistischer Prägung gebildet, die einen ukrainischen Staat und Unabhängigkeit von Rußland forderten. Besonders im Westteil der Ukraine und unter Intellektuellen fanden die Aufrufe der RUCH (Volksbewegung für die Wiedergeburt der Ukraine), einer überparteilichen Unabhängigkeitsbewegung, die 1988 gegründet wurde, Anhänger. Die RUCH war es auch, die zu den Präsidentenwahlen im Dezember 1991 Krawtschuk zum Wahlsieg verhalf.

Die Parlamentswahlen, die im März 1994 durchgeführt wurden, brachten den linken Parteien einen eindeutigen Wahlsieg. Die Kommunistische Partei der Ukraine (KPU) errang von den 525 Sitzen 160, die Sozialistische Partei der Ukraine 30, so daß dieser Block gemeinsam mit der Agrarpartei etwa über ein Viertel aller Stimmen im Obersten Sowjet verfügt. Der im Juni 1994 neu gewählte Präsident Kutschma, der ehemalige Generaldirektor des größten Rüstungsbetriebes der UdSSR, muß sich auf diese Situation einstellen und kann nicht am Einfluß dieser Parteien

vorbeiregieren. Beide Wahlergebnisse verdeutlichen eine Zunahme der Politisierung der Wähler. Es wächst die Erkenntnis, daß die Wirtschaftsreformen gescheitert sind und die versuchte Transformation der Ukraine entsprechend den Plänen des IWF mißlang.

Besonders im Ostteil der Ukraine, in dem die übergroße Mehrheit der mehr als 12 Millionen Russen lebt, stieß diese Entwicklung zunehmend auf Gegenreaktionen. Im Donezbecken streikten die Bergarbeiter im Juni 1991 und führten mit ihrer unabhängigen Gewerkschaft 1993 einen umfassenden politischen Streik durch. Verschärft wird die Situation durch die Auseinandersetzung um das Sprachenproblem. In diesem Teil der Ukraine wird gefordert, daß Russisch als zweite Staatssprache anerkannt werden soll. Präsident Kutschma vergaß nicht nur dieses Wahlversprechen.

Er nimmt persönlich Kurs auf die Stärkung der Präsidentenmacht und versucht, das Parlament auszuschalten. Die politische Lage in der Ukraine ist äußerst angespannt. Im Staat herrschen Korruption und alte Machtstrukturen, Moral und Sitten verfallen zusehends, die Kriminalitätsrate steigt. So erklärt sich der Wahlerfolg der linken Kräfte aus der zunehmenden sozialen Differenzierung und Polarisierung der Gesellschaft. Der Bruch, den die Menschen in der Ukraine erleben, ist für sie unvorstellbar.

Die linken Kräfte in der Ukraine durchlebten nach dem Zerfall der UdSSR eine tiefe Krise. Das Dilemma eines Neubeginns einer linken Partei bestand vor allem darin, sich von der Last und der bedrückenden Vergangenheit zu befreien und einen wirklichen Erneuerungsprozeß zu durchlaufen. Die Frage ist, ob die Bedingungen diesen Kräften Zeit und Gelegenheit geben, sich tiefgreifend umzustellen, die Vergangenheit und die heutige Entwicklung kritisch zu analysieren und theoretisch und praktisch völlig neue Wege zu gehen. Die Lage zwingt zum Handeln. Die in der Ukraine notwendigen Reformen wurden durch den Eingriff von außen und eigener innerer Kräfte verhindert, der, potenziert durch die äußerst labile und zurückgebliebene alte Wirtschaft, zum fast völligen Zusammenbruch des gesamten Lebens führte. Kein Bereich des gesellschaftlichen Lebens blieb von der jetzt herrschenden Krise verschont.

Entsprechen die Linken den Anforderungen der Zeit?

Nach dem Verbot der KPU im Jahre 1991 wurde an ihrer Stelle die Sozialistische Partei der Ukraine gegründet. Im Juni 1993 wurde in Donezk eine neue kommunistische Partei mit dem Namen Kommunistische Partei der Ukraine ausgerufen. Nach eigenen Angaben hat sie etwa 130000 Mitglieder (Ende 1994). Sie kämpft nach wie vor um die Aufhebung des Verbotes von 1991. Die KP führte am 11./12. 3. 1995 ihren II. (nach alter Zählung den XXX.) Parteitag durch.

Sind nun die linken Parteien ausreichend auf die neue Situation eingestellt?

Der Parteitag der KPU gab darüber in bestimmter Weise Auskunft. Die Partei stellt sich das Ziel, die politischen und sozialen Interessen der Menschen zu vertreten und sowohl im Parlament als auch außerhalb gegen den Crash-Kurs des IWF und der Regierung zu kämpfen. Gemeinsam mit der SPU widersetzt sich die KPU der weiteren Privatisierung und dem Ausverkauf nationaler Reichtümer. Die KPU will eine Gesellschaft mit progressiver Entwicklung, in der die Interessen des Staates den Interessen der Bürger untergeordnet werden. So strebt die KPU an, die reale Entfremdung der Menschen vom Eigentum zu überwinden, und sieht den entscheidenden Weg dazu in der Entwicklung der Selbstverwaltung der Arbeitskollektive und deren Verwandlung in völlig gleichberechtigte Subjekte. Dazu ist die umfassende Demokratisierung des gesamten gesellschaftlichen Systems erforderlich. Es wäre eine Utopie, „zu versuchen, das System der sozial-ökonomischen und anderer Beziehungen wieder zu beleben, wie es unter anderen Bedingungen existiert hat“.

Nun aber entstehen Fragen. Die Delegierten beschlossen in ihrem Programm, den Kampf um die Entmachtung der bürgerlich-nationalistischen, antisozialistischen Kräfte zu führen und die Macht in die Hände der Sowjets zu legen, um den sozialistischen Charakter der Entwicklung der Gesellschaft wiederherzustellen. Das schließt als politisches Ziel die Neugeburt eines Bundes brüderlich verbundener Völker als freiwillige Vereinigung souveräner sozialistischer Staaten ein.

Für Außenstehende ist die Situation nicht sicher zu erfassen. Zweifellos unterscheidet sie sich grundlegend von der Entwicklung z. B. im Osten Deutschlands. Gemeinsam hat sie, daß die linken Kräfte — trotz Antikommunismus und Verdammung — nicht beseitigt werden konnten. Wie es offenbar in keinem der postsozialistischen Länder gelang! Anders hingegen stellen sich Fragen der unmittelbaren politischen Ziele und Aufgaben. Transformationsprozesse sind absolut erforderlich. Neue Wege dazu müssen aber erst noch gefunden werden.

Achim Wahl ist Mitglied der Arbeitsgruppe Friedens- und internationale Politik beim Parteivorstand der PDS, Berlin.

In Vorbereitung der Großoffensive der neuen reaktionären Mehrheit im US-Kongress gegen die gesamte Sozialgesetzgebung ergeht sich die Presse seit Monaten in einem Trommelfeuer von Hetze gegen die verderblichen Auswirkungen von Wohlfahrtsunterstützung jeglicher Art.

Hetze gegen alleinstehende Mütter

Weibliche afro-amerikanische Teenager sind nicht nur faul und weigern sich zu arbeiten, sie sind auch ohne Moral, weil sie Kinder ohne Mann haben. Nicht biologisch ohne Mann — sonst wären sie ja alle Heilige —, aber moralisch, denn sie haben keinen Ehemann. Sie sind Zerstörer der Familie, denn sie bauen nicht nur keine eigenen Familien auf, ihr unmoralisches Verhalten färbt auch auf den Rest der Gesellschaft ab (Gottseidank nicht auch ihre Hautfarbe). Man denke nur an Murphy Brown, die Heldin einer sehr populären TV-Serie: eine weiße, intelligente, hochverdienende, alleinstehende Karrierefrau beschließt, ein Kind zu haben ohne Ehemann. Monatelang wird sowas gezeigt, und Millionen schauen sich jede Woche an.

Zerfall der traditionellen Familieneinheit

Eine Studie des Statistischen Bundesamts der USA für 1993 über Geburten bei unverheirateten Müttern stellt afro-amerikanische Frauen an erste Stelle mit einem Anteil von 68,2% an allen Geburten dieser Gruppe, gefolgt mit 57,5% bei Geburten puertorikanischer Abkunft, 55,3% bei nordamerikanischen Indianern, 45% von Hawaiianern und 43,1% aus Zentral- und Südamerika stammend. Die Studie bemerkt einen sechzigprozentigen Anstieg der Geburten bei unverheirateten Frauen innerhalb von elf Jahren (1982 bis 1993). Zwischen 1960 und 1980 hat sich der Prozentsatz von Kindern, die in vaterlosen Haushalten aufwachsen, nahezu verdoppelt von 17,5% auf 32,2%. Der Anteil vaterloser Haushalte stieg von 21,6% 1979 auf 27,5% 1990; etwa zehn Millionen Haushalte bestehen aus alleinstehenden Müttern mit Kindern.

Eine Regierungsstudie von 1990 bezifferte die Kosten zur Aufzucht eines drei- bis fünfjährigen Kindes in einer Familie mit mittlerem Einkommen auf 8000 Dollar pro Jahr, für zwei Kinder unter 17 Jahren auf 14000 Dollar und für drei auf 17000 Dollar. Das mittlere Einkommen eines Haushalts mit alleinstehender Mutter war für dasselbe Jahr 13000 Dollar. Man sieht auf einen Blick, daß in der Aufzucht dieser Kinder vieles zu kurz kommt. Und natürlich gibt es auch Studien, die beweisen, daß die Wahrscheinlichkeit für Kinder aus diesen Haushalten, als Kriminelle zu enden, viel größer ist als in einem Vater-Mutter-Kinder-Haushalt. Die kostenlose Anlieferung der nächsten Generation williger und billiger Lohnsklaven scheint nicht mehr gesichert.

Wohlfahrtsunterstützung als Wurzel allen sozialen Übels

Die Reaktionäre graben in der Geschichte nach Gründen für den Zerfall der Familie afro-amerikanischer Abstammung (nachdem man, wie oben angeführt, schon gesagt hat, daß die Sache abfährt auf andere Teile der Gesellschaft — gemeint sind arme Weiße). Und was finden sie als Ursache? Wohlfahrtsunterstützung für alleinstehende Mütter. In einem Artikel der *National Review* vom 6. März 1993 wird unter Überschrift „All in the Family“ dies ange-

„Tough love“ — oder der Wert der Familie

USA: Wohlfahrtsprogramme werden von der Republikaner-Mehrheit radikal gekürzt



lich nachgewiesen. Es ist hier nicht der Platz, diesen Artikel, ein Produkt von abenteuerlicher Konstruktion, Geschichtsverdrehung und Verlogenheit, in seinen Einzelheiten auseinanderzunehmen. Hier eine Kurzfassung des „Beweises“:

Afro-amerikanische weibliche Sklaven hätten die Illegitimität als Tradition aus ihrer afrikanischen Heimat mitgebracht. In ihrer nunmehr etwa dreihundertjährigen Geschichte auf dem nordamerikanischen Kontinent hätten sie sich aber soweit der geltenden Norm ihrer weißen Herren angepaßt, daß 80% aller Sklavenkinder in stabilen Familieneinheiten aufgewachsen seien (der Autor hat wohl nie *Onkel Toms Hütte* gelesen). Zwar hätten viele Sklavinnen illegitime Kinder gehabt (waren es nicht die Sklavenhalter, die die Fruchtbarkeit ihrer weiblichen Sklaven selbst getestet haben?), aber nach ein, zwei Kindern hätten sie sich eine Familie gegründet, und dieser herrlichen Tradition seien sie auch nach ihrer Befreiung gefolgt. Und das sei die Ursache für die Hoffnung auf Wiederherstellung der afro-amerikanischen Familie. Denn tragischerweise sei dieser Vorgang der Familiengründung (zwar immer noch mit illegitimen Kindern) 1935 durch die Einführung der Unterstützung für alleinstehende Mütter durch die Roosevelt-Regierung unterbrochen worden: „Sie (die junge Frau) muß nicht länger dazwischen wählen, ihren Eltern auf der Tasche zu liegen oder einen Ehemann zu finden. Sie kann Wohlfahrtsunterstützung bekommen ... sie kann ihren eigenen Haushalt gründen.“

Ende der traditionellen Wohlfahrtsunterstützung

Mit 234 gegen 199 Stimmen hat die neue reaktionäre republikanische Mehrheit unter Newt Gingrich als Sprecher im US-Repräsentantenhaus ein Wohlfahrtsreformgesetz verabschiedet, das verspricht, sechzig Jahre demokratischer Sozialpolitik zu annullieren. 66 Milliarden Dollar Streichungen über die nächsten fünf Jahre haben sie her-

ausgeschunden, aber was noch sehr viel tiefgreifender ist, sie wollen mit ihrem Gesetz den Anspruch auf Wohlfahrtsunterstützung aufheben. Dieser Aspekt wird in der bürgerlichen Presse kaum verhandelt. Unter dem Vorwand, mit unnötiger Bürokratie aufräumen zu wollen, sollen die Gelder für Wohlfahrtsunterstützung an die Einzelstaaten übergeben werden. Aus 45 Einzelprogrammen wurden fünf sogenannte Blockfonds zusammengeschustert, die an die einzelnen Bundesstaaten gehen. Diese sollen das Recht erhalten, die Gelder im wesentlichen nach ihrem Gutdünken zu verteilen. Allerdings, Grenzen nach oben werden von der Zentralregierung gesetzt: z. B. kein Bargeld für Teenagermütter, Abbruch jeglicher Unterstützung nach fünf Jahren. Bis in Einzelheiten werden Schweinereien vorgeschrieben, wie etwa Verschlechterung der Lebensmittel für Kleinkinder. Programme, den Wohlfahrtsabhängigen mit Ausbildung oder Arbeitssuche zu helfen, sind aus der Endfassung des Gesetzes verschwunden — wahrscheinlich zu teuer! Bislang gilt noch, daß jede Person unter einer bestimmten Einkommensgrenze (oder ohne Einkommen) ein Recht auf Sozialunterstützung hat und ohne zeitliche Begrenzung — damit soll nun Schluß sein.

Ein Triumph mit Schönheitsfehlern

Streichung von Bargeldunterstützung für unverheiratete Teenagermütter sei das Herzstück ihrer Reform (der „tough-love“-Teil), sagen die rechten Abgeordneten. Die illegitime Geburtenrate würde eingedämmt, und die Grundlage zum Wiederaufbau der traditionellen Familie würde gelegt. Doch die katholischen Bischöfe sowie die Kräfte gegen das Recht auf Abtreibung sehen in der Maßnahme einen möglichen Anstieg der Abtreibungen. Da hat man schnell eine Klausel abgestimmt, daß keine Gelder der Zentralregierung für Abtreibung ausgegeben werden dürfen. Gegen den Vorwurf aus den eigenen Reihen, daß die Kinder unter der Bargeldstreichung am meisten zu leiden

hätten, hat man die Möglichkeit des Bezugs auf Gutscheine hinzugefügt: Gutscheine für Windeln und Babynahrung. Ein weiterer republikanischer Schurkenstreich, die Streichungen in Schulspeisungsprogrammen, wurde von der demokratischen Pseudo-Opposition rhetorisch ausgeschlachtet. Zehn weibliche republikanische Abgeordnete fühlten sich daraufhin gezwungen, als Frauen und Mütter sozusagen, eine Pressekonferenz zu geben, auf der sie beteuerten, keine Monster zu sein („sehen wir denn wie Monster aus?“).

Umfragen haben ergeben, daß die Mehrheit der Befragten die Streichungen in den Sozialprogrammen zu weitgehend findet. Eine vorgesehene zweiwöchige Debatte im Abgeordnetenhaus — um der Hetze gegen Wohlfahrtsempfänger möglichst breiten Raum zu geben — wurde auf vier Tage gekürzt. Einige der Redebeiträge lassen einem die Haare zu Berge stehen: Ein Abgeordneter, von Haus aus Millionär, brachte ein Straßenschild mit, auf dem es hieß: „Füttern der Alligatoren verboten“, und er erklärte der Versammlung: Unnatürliches Füttern und künstliche Fürsorge machen nur abhängig. Sodann gab er zu, Leute seien zwar keine Alligatoren, „aber ich muß gestehen, mit unserer derzeitigen Praxis der Mittelvergabe ohne Arbeitszwang haben wir die natürliche Ordnung zerstört“. Sozial-Darwinismus hat eine Auferstehung unter den neuen Rechten gefunden. Die Opposition beschränkt sich auf „Ein Herz für Kinder“, und es scheint, alle wollen der Laissez-faire-Kapitalismus des letzter Jahrhunderts wieder auferstehen lassen. Kaum erwähnt wird auch, daß von dem Hauptanteil der geldlichen Streichungen und rechtlichen Ansprüche legale Ausländer und ihre Kinder betroffen sind.

Neutralisierung der Gewerkschaften

Präsident Clinton ist derweil beschäftigt, die Gewerkschaften total aus der Debatte um die Sozialunterstützung herauszuhalten: In seiner Rede an die Nation hat er die Anhebung des Minimallohns versprochen, obwohl jeder mann weiß, daß er das auf keinen Fall durch den Kongress bringen wird. Vor zwei, drei Jahren sagte er noch, die Anhebung des Minimallohnes sei nicht das Problem, die Schaffung höherbezahlter Stellen habe für ihn Priorität. Sodann hat er begonnen, in Regierungsstellen betriebsratsähnliche Zusammenarbeit zu organisieren, die von den Gewerkschaftsführungen hoch gepriesen werden. Und sein neuester Coup, der ein brennendes Problem der Gewerkschaften aufgreift: Er hat eine Verfügung erlassen, nach der Aufträge der Bundesregierung über 100000 Dollar nicht an Firmen vergeben werden dürfen, die streikende Arbeiter durch Neueinstellung ersetzt haben. Das betrifft allerdings nur einen kleinen Teil öffentlicher Ausgaben. Darüber sollte man aber nicht vergessen, daß Clinton schon 1992 in seinem Wahlkampf den Slogan aufbrachte: „To end welfare as we know it“ (Wohlfahrt, wie wir sie kennen, zu beenden).

Wie immer die neuen Wohlfahrts-gesetze aussehen werden, nachdem sie im Senat oder, um ein mögliches Veto des Präsidenten gegen Teile zu umgehen, sonst verändert und „verbessert“ wurden: sicher scheint, daß der seit sechzig Jahren bestehende Anspruch auf die Sozialunterstützung auf der Strecke bleibt. Und sicher ist auch, daß die Wohlfahrtsunterstützung nur das Vor-spiel ist. Der wirklich fette Brocken den die Kapitalisten für sich ergatten wollen, ist die Rentenversicherungskasse. — (her, ger)

Weiterhin Streiks für höhere Einkommen

Lohnfrage ist auch ein bestimmendes Thema der französischen Präsidentschaftswahlen

Unbeirrt von den Drohungen aus den Konzernnetzen setzen die Arbeiter und Angestellten in der Industrie und im öffentlichen Dienst Frankreichs ihre Streiks für höhere Löhne fort. Kaum ein Industriezweig, der nicht davon berührt ist. Zunehmend beunruhigt die Gefahr weiterer „wilder“ Streiks Arbeitgeberverbände und Regierung. Im Schnitt haben französische Unternehmen für 1995 bisher Lohn-erhöhungen von 3,5 Prozent abgeschlossen, nach Angaben des Arbeitsministeriums waren Ende Februar für ca. 12 Prozent der Arbeiter und Angestellten Lohn-erhöhungen vereinbart. Der Automobilkonzern Peugeot-Citroen beispielsweise zahlt 3,7 Prozent mehr Lohn, aufgeteilt in eine 2,2prozentige Erhöhung für alle und nochmals 1,5 Prozent je nach Lohn- und Gehaltsstufe. Renault — der Konzern hat seine Gewinne 1994 gegenüber dem Vorjahr verdreifacht und erwartet eine weitere Steigerung — will mittlerweile für 1995 4,5 Prozent mehr zahlen, davon 3 Prozent als allgemeine Erhöhung. Die Beschäftigten fordern dagegen nachhaltig eine Erhöhung um 1500 Francs pro Monat. Am 28. März wurde erneut in den Renault-Werken ein Aktionstag durchgeführt für Lohn-erhöhungen und eine Verkürzung der Arbeitszeit. Renault beziffert die Kosten aus den Arbeitsniederlegungen auf bisher 200 bis 300 Millionen Francs. 35000 Fahrzeuge hätten wegen der Streiks nicht produziert werden können.

Auch im öffentlichen Dienst wird zäh um Lohn-erhöhungen gekämpft: Am 30. März waren die Beschäftigten des öffentlichen Transport- und Verkehrswesens im Streik, die Pariser Verkehrsbetriebe RATP, die Eisenbahngesellschaft SNCF sowie die Fluggesellschaft Air Inter. Die Beschäftigten der Post und Telecom streikten ebenfalls. Im März war die Insel Korsika mehrere Wochen wegen Arbeitsniederlegungen der öffentlichen Dienstleistungsbetriebe lahmgelegt. Auch hier ging es vor allem um eine Erhöhung der Löhne.

Das Unternehmerlager ist über das

Ausmaß und die Hartnäckigkeit der Lohnbewegung dermaßen beunruhigt, daß der Präsident der Arbeitgeberverbände CNPF, Gandois, erklärte, es komme einer Provokation gleich, in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs Lohn-erhöhungen unter Hinweis auf die Sicherung der Arbeitsplätze abzulehnen. Außerdem fand Ende Februar erstmals ein Treffen von Vertretern der Gewerkschaften FO, CFDT und CGT mit dem Arbeitgeberverband statt — ohne eine Beteiligung der Regierung. Auch dabei ging es vor allem um eine Erhöhung der Löhne. Ganz offensichtlich sind die Vorgaben der Regierung ausgereizt, nach denen Lohn-erhöhungen nicht höher als die Produktivitätssteigerung sein dürfen, weil ansonsten keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. In Frankreich liegen die Lohn-erhöhungen seit Jahren unterhalb dieser Marke, die Konzerne setzen Rationalisierungsvorhaben und Entlassungen fort, und die Arbeitslosenzahlen sinken keineswegs. Zudem sind die rea-

len Einkommensverhältnisse für einen beträchtlichen und anwachsenden Teil der Lohnabhängigen unzumutbar: Mehr als die Hälfte der französischen Lohnabhängigen muß mit weniger als 2200 DM monatlich auskommen.

Die Lohnbewegung ist auch zum bestimmenden Thema des Präsidentschaftswahlkampfes geworden. Keiner der aussichtsreichen Kandidaten hat sich gegen die Forderungen der Beschäftigten gestellt. Im Gegenteil: „Präsidentschaftswahlen im April, Weihnachtsmann im März“, hat die Zeitschrift *Libération* zur Haltung der Präsidentschaftsanwärter in der derzeitigen Lohnbewegung geschrieben. Nahezu alle Kandidaten haben zuallermindestens Verständnis für die Lohnforderungen geäußert: Balladur ist der Meinung, im Aufschwung sei Platz für Lohn-erhöhungen. Chirac findet, daß der Lohnzettel nicht im Gegensatz zur Beschäftigung steht. Jospin empfiehlt eine bessere Ausgewogenheit zwischen Löhnen und Profiten. Lediglich der ul-

trarechte de Villiers wollte nach den Streikaktionen im öffentlichen Verkehrswesen die „Geiselnahme der Benutzer“ durch Streikende verbieten.

Elf Kandidaten stehen für den ersten Wahlgang am 23. April zur Wahl. Ernst-hafte Konkurrenten im Lager der Bürgerlichen sind Regierungschef Balladur und der Bürgermeister von Paris, Chirac. Nachdem der „Wunschkandidat des Kanzlers“, der ehemalige Präsident der EG-Kommission Delors, nicht für die Sozialistische Partei (PS) zur Kandidatur antritt, ist ein Sieg der Rechten ziemlich sicher. Damit wäre dann auch der Zustand der *Cohabitation* beendet — eine Situation, in der gegen eine Mehrheit im Parlament präsi-diert wird. Im zweiten Wahlgang dürfte eine Mehrheit für einen der bürgerlichen Kandidaten sicher sein. Vor allem Chirac setzt darauf, durch Einbrüche in Schichten der Lohnabhängigen, und hier insbesondere bei den Wählern der PS, die nötigen Stimmen für einen Sieg über Balladur einzufahren. — (map)



Renault ist zu Lohn-erhöhungen von 4,5 Prozent bereit.

Tschechische KP: Enteignung auf kaltem Weg

Rechtsstaatliche Mindeststandards mißachtet

Vaclav Exner, der Vorsitzende der Fraktion der KP Böhmen und Mähren im tschechischen Parlament, bat mich, die Linkskräfte in der BRD über folgenden Sachverhalt zu unterrichten und sie um Solidarität und Unterstützung zu bitten. Dies tue ich hiermit sehr gern.

Alles hat am 3.5.1990 begonnen, als ein Vertrag zwischen der Tschechischen Eisenbahn und dem damaligen ZK der KP Böhmen und Mähren über den Verkauf des Gebäudes in der ulice Politických vězňů 9 in Prag für 52 Millionen Kronen (ca. 3,1 Millionen DM) abgeschlossen wurde. Die damalige Leitung der kommunistischen Partei hat im guten Glauben das Gebäude gekauft, nicht ahnend, daß der Verkäufer seiner aus der Verordnung des Finanzministeriums vom August 1990 resultierenden Verpflichtung nicht nachkommen würde. Diese Verpflichtung legte allen staatlichen Betrieben auf, dem Finanzministerium alle Eigentumsübertragungen mitzuteilen. Die Nichterfüllung dieser Mitteilungspflicht bis zum 30.10.

1990 — die nur dem Verkäufer oblag — hatte nach der Verordnung die Unwirksamkeit der geschlossenen Verträge zur Folge. Da die Tschechische Eisenbahn der Mitteilungspflicht nicht nachgekommen ist, hat nunmehr am 1. März 1995 das Oberste Gericht — auf Antrag der Tschechischen Bahn — entschieden, daß das Gebäude, in dem die Zentrale der KP Böhmen und Mähren ihren Sitz hat, nicht ihr, sondern der Tschechischen Eisenbahn gehört und binnen zwei Monate zu räumen sei.

Im Grunde genommen hat also derjenige, der gegen das Gesetz verstoßen hat, mit Hilfe der Gerichtsentscheidung das Eigentum an dem Gebäude wiedererlangt, das er in Übereinstimmung mit bestehenden Gesetzen vorher verkauft hat. Das Urteil des Obersten Gerichts hat Recht zugunsten desjenigen gesprochen, der Gesetzesbrecher war, demgegenüber wurde derjenige, der kein Gesetz gebrochen hat, in seinen Rechten beschneidet.

Der Rechtsausschuß der Tschechischen Eisenbahn hat am 29.11.1990 brieflich

an das ZK der KP mitteilen lassen, daß die Verordnung des Finanzministeriums „der staatlichen Organisation die gesetzliche Möglichkeit gegeben hat, abzuwägen, ob sie diese Eigentumsübertragung wirksam sein läßt oder nicht“. Es gibt keinen eindeutigeren Beweis über die Gesetzesverletzung seitens der Tschechischen Bahn als dieses Zitat.

Denn die Verordnung hat ihnen dieses Recht nicht eingeräumt. Sie gab ihnen im Gegenteil die Verpflichtung auf, die Mitteilung über den Verkauf des Grundstücks zu machen — was sie nicht taten und dadurch die KP Böhmens und Mährens eindeutig schädigten, die auch den Kaufpreis nicht zurückbekommen soll. Nach rechtsstaatlichen Gesichtspunkten kann man das Verhalten der Tschechischen Bahn nur als rechtsmißbräuchlich bezeichnen.

Kann es da verwundern, daß sich die tschechischen Kommunisten unrechtmäßig behandelt wähnen und in diesem vom Obersten Gericht abgesegneten Vorgehen eine Enteignung einer wichti-

gen linken Oppositionspartei auf kaltem Wege sehen? Parallelen zum Vorgehen der deutschen Finanzbehörden gegen die PDS sind nicht zufällig.

Es kommt nicht darauf an, ob man sich selbst als Kommunist, demokratischer Sozialist, Anarchist oder einfach als der Linken zugehörig empfindet. Wichtig wäre jetzt, Solidarität mit den tschechischen Genossen zu üben.

Was kann man tun? Beispielsweise an die tschechische Botschaft in Bonn schreiben und Rechtsstaatlichkeit, von der Staatspräsident Havel immer spricht, auch für die tschechische KP einfordern. Es ist auch möglich, an das tschechische Verfassungsgericht in Brunn zu appellieren, an das sich die Anwälte der KP nunmehr wenden wollen. Wichtig wäre es, Kopien der Protestbriefe an die KP zu senden: Adresse: UV KSCM, ul. politických vězňů 9, CZ 11000 Praha 9.

Sie können auch an mich zu Weiterleitung geschickt werden: Richard Pitterle, Dachsklingeweg 19, 71067 Sindelfingen. — (aus CL)



Überall waren die kurdischen Farben rot-grün-gelb zu sehen. Bild Rechts: Sozialbürgermeisterin Müller-Trimbusch spricht ein Grußwort beim kurdischen Newroz-Fest. Im Hintergrund eine Darstellung des sagenhaften Schmiedes, der an Newroz die Fesseln zertrümmert.

Erfolg gegen Kriminalisierung

Newrozfest in Stuttgart

Schätzungsweise 13000 bis 15000 Menschen beteiligten sich am kurdischen Newroz-Fest auf dem Killesberg. Dank der frühzeitigen und offenen Informationsarbeit des Deutsch-Kurdischen Freundschaftsvereins gegenüber Stadtverwaltung, Polizei und Presse konnte in diesem Jahr eine Kriminalisierung der Kurden, wie sie letztes Jahr in Augsburg stattfand, vermieden werden. Der erfolgreiche Verlauf dieses riesigen Festes war ein wichtiger Beitrag gegen die Diskriminierung der Kurden durch Politik und Medien in der Bundesrepublik. Die von der Polizei wegen einiger ERNK-Fahnen gegen die Veranstalter erstatteten Strafanzeigen sollten zurückgewiesen werden können.

Mit Newroz feiert die kurdische Bevölkerung nicht nur den Beginn des Frühjahrs. Es spielt heute auch eine wichtige Rolle im kurdischen Befreiungskampf. Auf diese Weise ist Newroz, wie die Veranstalter in ihrem Programm geschrieben haben, auch zu einem internationalen Fest geworden. Neben zahlreichen kulturellen Beiträgen kurdischer Gruppen wurde daher auch die deutsche Rockgruppe „Viva Maria“ und die afrikanische Musik- und Tanzgruppe „Wadada“ von den Besuchern mit viel Beifall begrüßt. Es gab Grußbotschaften aus vielen Ländern, u. a. aus Kanada und Mexiko. Viele poli-

tische Beiträge verdeutlichten auch den Protestcharakter des Festes:

Mitglieder der am Morgen des 25. März aus Kurdistan zurückgekehrten süddeutschen Newroz-Delegation berichteten über ihren fünftägigen, von ständigen massiven Behinderungen begleiteten Aufenthalt in Dersim. In dieser Zeit seien mindestens fünf weitere Dörfer in der Region niedergebrannt worden. Am Newroztag habe es trotz starker Belagerung durch Militär und Polizei ein Newrozfeuer gegeben. Die Delegation habe klar feststellen können, daß der Terror gegen die Bevölkerung vom türkischen Staat und nicht von der PKK ausgeht. Die Delegationsmitglieder riefen auf, die Beobachtungen fortzusetzen und gegen Waffenlieferungen und Abschiebungen einzutreten.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Eberhard Lorenz betonte, daß jeder, der die Geschichte der Kurden kenne, wisse, daß es bei solchen Feiern immer auch um die Freiheit gehe und rot-grün-gelbe Farben gezeigt werden. Er wandte sich gegen Abschiebungen: „Wer glaubt, Flüchtlinge bekämen Rechtsschutz in der Türkei, soll sich alle bisherigen Verträge ansehen, die von der türkischen Regierung nicht eingehalten wurden.“ Es sei ein Skandal, daß deutsche Medien sich nicht mit den in der Türkei inhaftierten Journalisten solidarisierten, daß es keine größere internationale So-

lidarität gegen das Terrorurteil gegen die DEP-Abgeordneten gebe, daß die BRD sich zum Sklaven türkischer Politik mache.

Er bezeichnete es als problematisch, den Kampf der Kurden in die BRD zu tragen, das schade der kurdischen Sache. Die deutsche Öffentlichkeit forderte er auf, sich besser über den kurdischen Freiheitskampf zu informieren.

Die Sozialbürgermeisterin Gabriele Müller-Trimbusch überbrachte der Veranstaltung die Grüße der Stadt, des Oberbürgermeisters und des Gemeinderates für ein friedliches und freundschaftliches Newroz-Fest und trug ein Gedicht von Yago, kurdischer Kommandant im Aufstand von 1925, vor.

Hans-Otto Wiebus, der Bundesvorsitzende der Fachgruppe Journalismus bei den IG Medien, kritisierte die Türkeipolitik der Bundesregierung, die sich mit den Verboten kurdischer Vereine zum Helfershelfer des Regimes in Ankara gemacht habe, eines Regimes, unter dem willkürlich gefoltert, gemordet und verhaftet werde. Kanthers und Becksteins Abschiebepolitik legitimiere den Krieg in Kurdistan. Er forderte: „Schluß mit Krieg, Folter und Mord! Schluß mit Abschiebungen! Schluß mit dem PKK-Verbot! Es gebe zu wenig Klarheit über die enge Verflechtung der türkischen mit der deutschen Politik. Das gelte auch für die Gewerkschafts-

bewegung, da gebe es aber gute Ansätze für eine Zusammenarbeit von Kurden und Deutschen.

Roland Kugler, Bündnis 90/Die Grünen, stellte die auch in der BRD nach den Vereinsverboten immer schwieriger werdende Situation der Kurden dar und berichtete über seine Erfahrungen aus Asylverfahren, wo vielfach Folter und Grausamkeiten des türkischen Militärs zutage treten. Brandsätze schaden dem Ansehen der Kurden, hier wie in Kurdistan. Er appellierte an kurdische und türkische Menschen, keinen Keil zwischen sich treiben zu lassen, sondern den gemeinsamen Feind, das türkische Militär, zu sehen. Kurden und Deutsche könnten nur gemeinsam die Bundesregierung zwingen, die Türkeipolitik zu ändern: Für einen Stopp der Waffenlieferungen und gegen jegliche Handelserleichterungen für die Türkei, solange Menschenrechte verletzt werden. Eine Lösung der kurdischen Frage könne nicht auf militärischem, sondern auf politischem Wege erreicht werden.

Werner Baumgarten, Arbeitskreis Asyl Baden-Württemberg, kritisierte die unmenschliche Abschiebepolitik und die Aufhebung des Abschiebestopps auf Grund seiner Erfahrungen mit Flüchtlingen aus Kurdistan und der Türkei. Er versicherte den kurdischen Flüchtlingen die Unterstützung durch den Arbeitskreis Asyl. — (evc, rac)



Knapp 1000 Menschen protestierten am 30.3. mit einer Demonstration durch die Hamburger Innenstadt gegen die Invasion der türkischen Armee in Südkurdistan und die Unterstützung durch die BRD. (Bild: res) Am 1.4. demonstrierten trotz kurzfristiger Mobilisierung über 20000, überwiegend Kurden, in Düsseldorf (siehe Bild S. 1)

Eingabe auf Rehabilitierung wurde behandelt

Hannover. Der Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen des Niedersächsischen Landtages hat die Eingabe auf Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern des Kalten Krieges der Initiativegruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges Niedersachsen beraten. Die Anhörung war am 8. März im Landtagsgebäude. Die Betroffenen aus den 50er und 60er Jahren, Gertrud Schröter, Kurt Baumgarte, Kurt Fritsch und Heinz Rescheleit, berichteten, stellvertretend für alle Betroffenen, dem Ausschuß über ihre politische Verfolgung, Verurteilung und Inhaftierung in der alten Bundesrepublik. Die Ausführungen wurden von den Ausschußmitgliedern mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen. Sie werden sich weiter damit befassen, wie die Frage der Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern des Kalten Krieges der Bundesrepublik zu lösen ist. Die Initiativegruppe Niedersachsen wird in ihren Bemühungen um eine Rehabilitierung und Entschädigung der Opfer des Kalten Krieges nicht nachlassen und ist davon überzeugt, daß ein gangbarer Weg

gefunden wird. (Pressemitteilung der Initiativegruppe zur Rehabilitierung der Opfer des Kalten Krieges Niedersachsen, 16.3.95)

Schienenblockade mit internationaler Beteiligung

Köln. Bei der zum vierten Mal in sechs Wochen durchgeführten Aktion „Atomtransporte — Ausgebremst!“ lag der Schwerpunkt diesmal in Köln. Am Sonntag, 26.3., zogen 70 Leute ab 14 Uhr vom Bahnhof Deutz Richtung Domplatte. Dort wurde gegen 15 Uhr eine Anti-Atom-Kundgebung abgehalten. Anschließend wurde die Abfahrt des IC „Konsul“ durch eine Sitzblockade auf den Gleisen von einem Dutzend Protestierenden verhindert, solidarisch unterstützt von Menschen mit Transparenten auf den Bahnsteigen. Die Blockade dauerte etwa 25 Minuten.

Die TeilnehmerInnen errichteten eine symbolische Barrikade aus zwischen den Gleisen gespanntem roten Wollgarn. Gleichzeitig wurde die Front des Triebwagens beklebt, Flugblätter und Protestpostkarten verteilt sowie im blockierten Intercity-Zug Notbremsen gezogen. Der Polizei wurde mitgeteilt.

FRANKFURT**Offener Brief an „Adler“ und Dresdner Bank**

Etwa 250 Menschen beteiligten sich am 24. März an der Demonstration anlässlich des Todesmarsches der KZ-Häftlinge der Adlerwerke nach Buchenwald vor fünfzig Jahren.

Aufgerufen hatten unter anderem der Verein Leben und Arbeiten in Gallus und Griesheim e.V. (LAGG), die Wohnraumbeschaffungsinitiative Gutleut (WobiG), die Roma Union Frankfurt e.V. und der Betriebsrat der TA Vertriebs GmbH.

Auf den Kundgebungen wurden Beiträge gehalten von Ernst Kaiser, Mitautor eines kürzlich erschienenen Buches über Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit und Vernichtung in den Adlerwerken, dem ehemaligen Betriebsrats-Vorsitzenden der TA-Werke, Lothar Reininger, dem Vorsitzenden der Roma Union, Hans Georg Böttcher, und der WobiG.

Reininger verlas einen Offenen Brief des LAGG an die Vorstände der Adler-

Werke und der Dresdner Bank, in dem diese aufgefordert werden, ihren Entschuldigungsverpflichtungen gegenüber den überlebenden ehemaligen KZ-Häftlingen endlich nachzukommen:

„Nachdem sich der Todesmarsch dieses Jahr zum 50. Mal jährt und die Überlebenden bis heute keine Entschädigung erhalten haben, möchten wir als heutige Beschäftigte von Triumph Adler und engagierte Bürger ... ein Zeichen setzen und werden den 11 noch bekannten überlebenden KZ-Häftlingen 10000 DM übergeben, um ihnen die bisher nicht gewährte Entschädigung zumindest symbolisch zukommen zu lassen ... Wir fordern Sie, die Vorstände der Adler-Werke und der Dresdner Bank auf, sich nicht länger der Verantwortung für die Ereignisse während des Krieges zu entziehen und den von uns bereitgestellten eher symbolischen Entschädigungsbeitrag so weit zu erhöhen, daß man von einer angemessenen Entschädigung sprechen kann ...“ — (ola)

HAMBURG**Iraner nach Abschiebung hingerichtet**

Mosem Derbisch verbrachte sieben Jahre im Knast Fuhlsbüttel, er war wegen Drogenhandel und anderem zu insgesamt 14 Jahren Haft verurteilt worden. Nach seiner Abschiebung in den Iran wurde er jetzt dort vor wenigen Wochen hingerichtet.

Seine Mitgefangenen kannten ihn als ruhigen, verlässlichen Menschen. Aber Mosem zog es in seine Heimat. Er wollte zurück in den Iran. Obwohl Freunde ihn warnten, erklärte er sich daher mit der Abschiebung nach der Hälfte der Strafe einverstanden, nachdem ihm zuvor von der iranischen Botschaft mehrfach telefonisch versichert worden war, einer Rückkehr stehe nichts im Wege und er habe nichts zu befürchten.

Es mag eine Rolle gespielt haben, daß er nach dieser Regelung (Einverständnis mit der Abschiebung) nur die Hälfte seiner Strafe absitzen mußte. Vor ca. vier Wochen wurde er in den Iran abgeschoben. Jetzt entdeckten Freunde in

einer iranischen Zeitung ein Photo seiner Hinrichtung — kurz nach der Ankunft im Iran wurde er gehängt.

Mosem Derbisch wurde das Opfer des mörderischen Regimes im Iran — aber auch der Abschiebepaxis. Und gerade unter dem Eindruck der gegenwärtigen Diskussion um Abschiebungen wird deutlich, daß entsprechende Versicherungen, die Abgeschobenen hätten „nichts zu befürchten“, nichts wert sind.

Folter, Hinrichtung und andere deraartige Praktiken sind nicht nur im Iran an der Tagesordnung. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen Reden und Handeln, wenn es um die Frage der Menschenrechte geht. Auch in der BRD wird da nicht nur von Kanther und Co. schön geredet, aber auf dem Rücken und über die Leichen der Betroffenen gehandelt. Daher: Schluß mit Abschiebungen und der menschenrechtswidrigen Abschiebehaft. — (jes, aus: Antifaschistische Nachrichten)

HEIDELBERG**Protest gegen die Ehrung Ernst Jüngers**

Heidelberg, die rot-grüne Stadt, ehrt in der Universitäts-Aula ihren „großen Sohn“ Ernst Jünger zum 100sten. Draußen, auf dem Uniplatz, demonstrieren über 100 Leute: „Keine Ehrung eines faschistischen Vordenkers!“

Sie sind einem Aufruf der Heidelberger VVN/BdA und der FAU-Studenten gefolgt. Es hat vor dieser Ehrung eine heftige Auseinandersetzung um die Frage ihrer Berechtigung gegeben, die sich hauptsächlich in Leserbriefen vollzog. Die rot-grüne Rathausmehrheit und die eher dem linken Parteiflügel zugeordnete Oberbürgermeisterin Beate Weber (SPD) sahen sich offenbar nicht bemüht, den Rat der Stadt mit der Sache zu befassen und eine Beteiligung an der Uni-Feierstunde abzulehnen.

Das war anlässlich der letzten großen öffentlichen Ehrung, die Jünger zuteil wurde, der Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt 1982, noch anders: Damals wurde im Römer bis über Mitternacht hinaus gestritten, ob der Beschluß der Jury von den Stadtverordneten gekippt werden soll — Grüne und SPD waren dafür, Wallmann und seine CDU-FDP-Mehrheit dagegen. Die SPD warf Jünger vor, als „Wegbereiter des nationalistischen Denkens“ gewirkt zu haben und auch heute seine „antidemokratische Haltung“ nicht zu verleugnen. Diese hatte Jünger in einem langen Spiegel-Interview nochmals in teilweise erschreckender Derb- und Platttheit ausgebreitet. Die SPD vertrat damals die Meinung: Bei der Preisverleihung sei nicht nach literarischen Kategorien zu fragen, sondern nach der Wirkung des Dichters „auf junge Menschen, auf wiedererstehende unerschwellige Strömungen von Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus und von falschem Heldentum oder übersteigertem Nationalismus“.

Das war 1982. Und 1995? Jünger hat inzwischen neue Jünger bekommen: Botho Strauß (natürlich) und auch Rolf Hochhuth. Dieser saß bei der Geburtstagsfeier mit Herzog, Kohl und Teufel in einem Saalgaue Hotel im Hintergrund in einer Ecke: Teufel hatte Jünger beknetet, Hochhuth nicht offiziell zu laden, weil doch Filbinger auf jeden Fall kommen soll, und Hochhuth und

Filbinger? Da war doch mal was mit „schrecklichen Juristen“?

Beate Weber tat sich aber immerhin schwer bei der Begrüßung der Festgäste: Sie sei überrascht vom Ausmaß der öffentlichen Diskussion im Vorfeld des Festaktes. Die Faszination, die Jünger ausübe, nannte sie „bedenklich“ und stellte fest: „Ich teile nicht sein Menschen- und Gesellschaftsbild. Dies wird in jeder Entscheidung dieser Stadt deutlich, die ich zu verantworten habe.“ Sie plädierte „im Sinne einer demokratischen Streitkultur“ für eine kritische Auseinandersetzung mit Jünger.

Unter dem Motto: „Der Festakt für Ernst Jünger darf nicht stattfinden!“ hatte die VVN ein Flugblatt veröffentlicht, dem ein Zitat Jüngers aus der Endzeit der Weimarer Republik vorangestellt war: „Der Tag, an dem der parlamentarische Staat zusammenstürzt ... und wir die nationale Diktatur ausrufen ... wird unser höchster Feiertag sein.“ Stattdessen forderte sie: „Gefeiert werden müßte, daß Heidelberg am gleichen Tag vor 50 Jahren von der Nazi-Herrschaft befreit wurde! (...) Es ist eine Schande, daß die Universität nichts aus ihrer braunen Vergangenheit gelernt hat — warum wird ein geistiger Vorläufer der Nazis geehrt, wenn man die ab 1933 vertriebenen Gelehrten (Emil Julius Gumbel) und Student/Innen nie rehabilitiert hat?! Wir protestieren gegen die Ehrung eines Antidemokraten durch ein Gemeinwesen, das sich als demokratisch versteht.“

Auseinandersetzung hatte es auch innerhalb der Landesregierung gegeben. Ministerpräsident Teufel (CDU) hatte zu Jüngers Geburtstag eine „Ernst-Jünger-Stipendium“ gestiftet, welches er der Kultusministerin Unger-Soyka (SPD) zuordnen wollte. Diese — zum Ärger ihrer CDU-Kabinettskollegen VVN-Mitglied — hatte jedoch schriftlich abgelehnt: „Das Menschen- und Geschichtsbild Ernst Jüngers ist nicht geeignet, im Sinne einer aufgeklärten freiheitlichen und friedlichen Gesellschaftsordnung ... positive Signale zu setzen.“ Der Stiftungsanlaß lasse das Erfordernis kritischer Auseinandersetzung zu sehr in den Hintergrund treten. Quellen: „MM“, 21.8.82; „Spiegel“ 33/92; „FR“, 30.3.95; „RNZ“, 31.3.95 — (tht)

daß dies eine zeitlich begrenzte gewaltfreie Aktion sei. Gegen 15.30 Uhr beschlossen die BlockiererInnen, die Aktion geschlossen zu beenden. Aus der sich auflösenden Blockade griff die Polizei mindestens drei BlockiererInnen willkürlich heraus. Das rabiate Vorgehen der Polizeikräfte stand in keinem Verhältnis zur gewaltfreien Aktion.

An der Aktion waren TeilnehmerInnen des „walk for mother earth — Für eine Zukunft ohne atomare Bedrohung“ aus Frankreich, Belgien, Holland, Österreich und Deutschland beteiligt. — („Atomtransporte — Ausgebremst“)

Die Opposition kann die Frankfurter OB-Wahlen nutzen

Frankfurt. Nach der Aufnahme von Bürgermeister-Direktwahlen in die hessische Verfassung kommen Ende Juni die Frankfurter deutscher Nationalität in den zweifelhaften Genuß, zwischen zwei „Metropolen“ politikern, Herrn von Schoeler und Frau Roth, zu entscheiden. Beide stehen nicht für die Interessen derer, die auf Grundversorgung durch die Kommune angewiesen sind, sich diese Leistungen nicht als teure Ware kaufen können.

Obwohl das Wahlergebnis die Mehrheitsverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung nicht verändert, steht schon jetzt fest, daß zukünftige Koalitionsverhandlungen beeinflusst werden.

Die FAZ hat eine Umfrage machen lassen, nach der es eine hohe Wahlbeteiligung gäbe, fänden jetzt Kommunalwahlen statt. Wenn auch die Beteiligung an den OB-Wahlen um 20 % niedriger ausfallen würde, so scheinen die Frankfurter doch starken Anteil am städtischen Politikgeschehen zu nehmen. Zum Zeitpunkt der Umfrage hätten von Schoeler 49 % und Petra Roth 35 % der Stimmen erhalten. Bleiben 16 % der Wähler, die unentschieden sind oder ungültig wählen würden, sowie 15 %, die noch nicht wissen, ob sie zur Wahl gehen, und 16 % Nichtwähler.

Es gibt in Frankfurt eine Opposition, die sich außerparlamentarisch organisiert hat. Sie kritisiert, meist nach Themen getrennt operierend, u.a. den Wohnnotstand, die Frauenpolitik, rot-grün-schwarze Verkehrskonzepte, den Abbau sozialer Leistungen, die Armut in Frankfurt und die Arbeitsmarktpolitik sowie die Privatisierung städtischer Einrichtungen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Opposition das beson-

dere politische Interesse während der Wahl nutzen würde, ihren Einfluß auf die Stadtpolitik zu stärken. Bei den Kommunalwahlen 1997 wird es mit einiger Sicherheit eine Liste geben, die die vielfältige Opposition zusammenfassen und sich an den Interessen der Armen und sozial Gedrückten ausrichten wird. — (udi)

Nach dem Metalltarifabschluß Tariffklaus bei den Konzernen

Stuttgart. In den Betrieben der Mercedes-Benz wird den Beschäftigten vom erzielten Tarifiergebnis 1 Prozent abgezogen. Das beruht auf der Vereinbarung, die der Gesamtbetriebsrat damals dafür unterschrieben hat, daß das Werk in Rastatt gebaut wird. Inzwischen hat sich die konjunkturelle Lage zwar geändert; der Gesamtbetriebsrat sagt aber: „Wir sind vertragstreue.“ In verschiedenen Mercedes-Werken haben die Betriebsräte die Überstunden heruntergefahren, um deutlich zu machen, daß die wachsende Arbeitsmenge mit der geschrumpften Belegschaft in Normalarbeitszeit nicht bewältigt werden kann. In Untertürkheim hat es auch schon ein paar unbefristete Neueinstel-

lungen gegeben, und die Betriebsräte hoffen, daß dies überall durchgesetzt werden kann.

Bei Bosch zögert die Geschäftsführung die Einmalzahlung von je 152 DM für Januar bis April auf den spätesten möglichen Zeitpunkt Ende April hinaus. Während die Leute dringend auf das Geld warten, spart sich Bosch ein paar Prozente Zinsen. Bis jetzt konnten die Betriebsräte keine Zusage erreichen, daß die 3,4 Prozent Tarifierhöhung dieses Jahr voll ausgezahlt bzw. nicht auf übertarifliche Leistungen angerechnet wird. 1993 wurde angerechnet (1994 war ja „kostenneutral“, d.h. es gab rechnerisch plus/minus nichts). Allerdings besteht die Geschäftsführung bisher hartnäckig auf einer Vereinbarung von 1993, nach der die Tarifierhöhungen in zwei Raten auf den übertariflichen Teil von Schichtzulagen angerechnet werden können: zum 1.1.1994 wurden bereits 1,5 Prozent abgezogen; ab 1.1.1995 sollen abermals 1,5 Prozent gekürzt werden. Das alles geschieht vor dem Hintergrund, daß die Belegschaft im vergangenen Jahr im Inland um 6 Prozent reduziert wurde, die Produktion gleichzeitig aber um 8 Prozent gesteigert wurde. — (ulk)

Während seiner Ausbildung hörte der Hamburger Kinderarzt Dr. Will, daß er während seiner ganzen Zeit als niedergelassener Kinderarzt nach der Statistik wahrscheinlich mit zwei Fällen von Leukämie bei Kindern konfrontiert sein würde. Als er nach vier Jahren Praxis im Hamburger Stadtteil Neu-Allermöhe bereits den vierten Fall von Leukämie diagnostizieren mußte, fühlte er sich beunruhigt und ging an die Öffentlichkeit. Anfang Februar wurde die Häufung von Leukämien in Neu-Allermöhe durch eine Sendung des Nachrichtenmagazins *Panorama* bundesweit bekannt und löste im Stadtteil große Unruhe aus.

Leukämie bei Kindern ist eine seltene Erkrankung. Im Bundesdurchschnitt erkrankt eines von 25000 Kindern pro Jahr. Die Erkrankungsrate in Neu-Allermöhe liegt somit um den Faktor 6 über der durchschnittlichen Erkrankungsrate. Auffällig ist, daß nicht weit von Neu-Allermöhe ein weiterer Ort liegt, bei dem in den letzten Jahren ein weit überhöhtes Leukämierisiko bei Kindern festgestellt wurde: die Gemeinde Elbmarsch, direkt am AKW Krümmel.

Reaktionen

Am 24.2. fand eine erste Veranstaltung zu diesem Thema im Bürgerhaus Neu-Allermöhe statt. Eingeladen hatten der Verein „Bürger für Allermöhe“ und die SPD. Der Veranstaltungsraum im Bürgerhaus reichte schon zehn Minuten vor Beginn nicht mehr aus, die Interessierten aufzunehmen. Als die Veranstaltung begann, standen die Leute in der Vorhalle bis zum Eingang, in der Hoffnung, die Veranstaltung über Lautsprecher auch von hier noch verfolgen zu können.

Gemessen an diesem Interesse war der Verlauf der Veranstaltung enttäuschend. Lange und lebensfremd wurde von zwei Vertretern der Behörde für Arbeit und Gesundheit die Frage aufgeworfen, ob ein Junge, bei dem die Leukämieerkrankung im Alter von fünfzehneinhalb diagnostiziert worden war, noch als Kind mitgezählt werden kann oder nicht und ob es statistisch seriös sei, den Stadtteil Neu-Allermöhe isoliert zu erfassen. Angeboten wurde eine Untersuchung im Rahmen der „Michaelis-Studie“, mit der im staatlichen Auftrag auch den Ursachen der Leukämiefälle in den Elbmarschen nachgegangen werden soll. Nun hat allerdings gerade die Michaelis-Studiengruppe bei kritischen Umweltschutzgruppen einen ausgesprochen schlechten Ruf. So wurde von vielen Teilnehmern die Forderung nach einer unabhängigen Untersuchung laut. Aber auch der Vertreter der SPD-Bürgerschaftsfraktion (M. Dose) mochte nicht versprechen, sich dafür einzusetzen. Ebenso lehnte er die Unterstützung der Forderung ab, Krümmel vorsorglich, bis zur Klärung eines Zusammenhangs mit den Leukämiefällen in den Elbmarschen und in Neu-Allermöhe, abzuschalten, da dies nicht den geltenden Gesetzen entspräche.

Positiv aus dem Rahmen fielen dagegen die Beiträge von Frau Dr. Dieckmann, Kinderärztin aus den Elbmarschen, die sehr ausführlich auf die Möglichkeiten, in der Umwelt vorhandenen Gefahrenpotentiale für die Entstehung von Leukämie bei Kindern einging und damit bei den meisten Zuhörern die Erwartung nach genauerer Information doch noch einlöste.

Mögliche Ursachen

Noch kann niemand sagen, welche Ursachen für die erhöhte Wahrscheinlichkeit, im Stadtteil Neu-Allermöhe an

Leukämie zu erkranken, verantwortlich sind. Neben einer Reihe von Faktoren, die an sich überall anzutreffen sind (Benzolbelastung, Pestizide etc.) sind speziell für Neu-Allermöhe zwei mögliche Verursacher im Gespräch. Die 380-KV-Leitung durch den Stadtteil sowie das 18 km entfernte AKW Krümmel.

Allerdings ist es umstritten, inwiefern das Kraftwerk überhaupt an der Entstehung dieser Krankheiten beteiligt sein kann. Insbesondere wird argumentiert, in einer Entfernung von 18 km wäre eine Beeinträchtigung durch radioaktive Niedrigstrahlung, die im Normalbetrieb des Kraftwerkes freigesetzt wird, ausgeschlossen. Außerdem sei die Erhöhung der radioaktiven Belastung durch das Kraftwerk selbst in unmittelbarer Nähe so gering, daß sie praktisch nicht meßbar sei. So muß zuerst einmal der Frage nachgegangen werden, wie plausibel im wissenschaftlichen Sinne ein Verdacht gegen das AKW Krümmel ist.

Spaltung von radioaktivem Uran Wärme und letztlich Strom erzeugt, wobei als „Abfallprodukt“ auch die Spaltprodukte des Urans anfallen. Diese Stoffe sind hochradioaktiv. Da es sich hierbei um Stoffe handelt, die es vor der Anwendung der Atomtechnologie auf der Welt nicht gegeben hat, nennen wir sie künstliche Radionuklide. Auch im Normalbetrieb treten aus einem Kernkraftwerk kleine Mengen dieser Radionuklide aus und lagern sich in der Umgebung ab. Wir müssen uns also vorstellen, daß wir in der Umgebung der Kernkraftwerke nicht nur konfrontiert sind mit radioaktiver Strahlung, deren Quelle sich im Kraftwerk befindet, sondern gleichzeitig mit strahlendem Material in Form dieser künstlichen Radionuklide, die überall abgelagert sein können, im Fleisch der Kühe, die in der Nähe des Kraftwerkes geweidet haben, auf der Tomate im Garten, die wir in der nächsten Minute essen werden etc.

Natürlich nehmen wir mit unserer

verbleiben die Strahler dort und bestrahlen von dort aus geringer Entfernung u. a. die Zellen, die für die Blutbildung verantwortlich sind. Es wird niemals möglich sein, bei einem einzelnen Fall einer Leukämieerkrankung konkret den Verursacher zu benennen, aber es gilt heute als gesicherte Erkenntnis, daß in der direkten Umgebung von Kernkraftwerken die Häufigkeit von Leukämieerkrankungen bei Kindern deutlich erhöht ist.

Die 15- bis 20 km-Zone

Unplausibel erscheint auf den ersten Blick ein Zusammenhang zwischen den Leukämieerkrankungen in Neu-Allermöhe und dem Kernkraftwerk Krümmel aufgrund der großen Entfernung und im Zusammenhang damit, daß in den Gebieten zwischen der Elbmarsch und Neu-Allermöhe in den letzten Jahren keine Leukämieerkrankungen bei Kindern auftraten. Denkt man jedoch darüber nach, so bietet sich dafür durchaus eine technische Erklärung an. Kernkraftwerke geben im Normalbetrieb künstliche Radionuklide auf zweierlei Weise ab. Zum einen durch Undichtigkeiten im Gesamtsystem, die bei Anlagen dieser Größenordnungen nie ganz zu vermeiden sind (in Krümmel ist in diesem Zusammenhang das Maschinenhaus ins Gerede gekommen), und zum zweiten durch den Schornstein, der relativ hoch ist, um den Ausstoß auf ein relativ großes Gebiet zu verteilen.

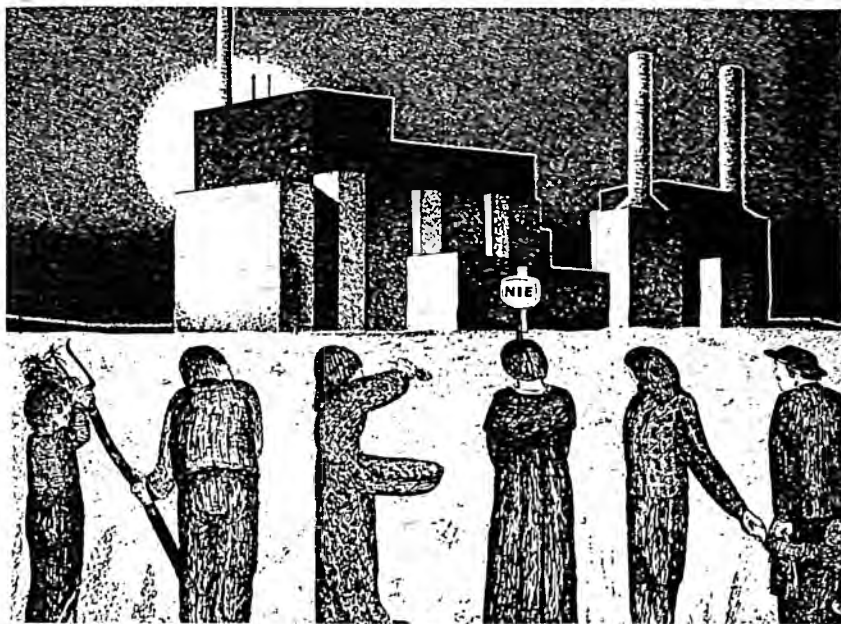
Während Radionuklide, die auf anderen Wegen als dem Schornstein das Kraftwerk verlassen, sich im Nahbereich des Kraftwerkes ablagern und dort zu einem Gesundheitsrisiko werden können, werden Radionuklide, die durch den Schornstein freigesetzt werden, — aufgrund der großen Höhe — nicht der unmittelbaren Nähe und auch nicht in der Distanz von wenigen Kilometern absetzen. Inwiefern eine gesteigerte Belastung durch diese Nuklide in einer Entfernung von etwa 15 km beginnt, nie konkret untersucht worden, es scheint jedoch im ersten Ansatz durchaus plausibel, und es fällt auf, daß: mindestens in der Umgebung eines anderen Atomkraftwerkes (Würgassen der Weser) ähnliche Beobachtung gemacht wurden. Auch dort findet sich eine erhöhte Erkrankungswahrscheinlichkeit in der direkten Umgebung des Kraftwerkes, aber zusätzlich dazu auch in einer ringförmigen Zone, die in einer Entfernung von 15 bis 20 km um das Kraftwerk liegt.

Fazit

Sollte es sich bei der Häufung von Leukämieerkrankungen im Stadtteil eine Laune des Zufalls handeln, so sind wir dagegen machtlos und könnten doch andererseits darauf hoffen, daß diese Serie von selbst wieder abreißt. Wenn es aber Ursachen gibt, die nicht zufällig sind, sondern mit der speziellen geographischen Lage dieses Stadtteils zu tun haben, dann wird diese Gefährdung nicht von selbst enden. Wir müßten dann damit rechnen, daß es auch 1995 und in den folgenden Jahren Neuerkrankungen kommt. Konkret heißt das, wir können uns nicht lang damit Zeit lassen, den etwaigen Verursacher zu finden und auszuschalten. Und es muß schon erlaubt sein zu fragen, ob die Gesundheit unserer Kinder nicht wichtig genug ist, diejenigen Anlagen, gegen die ein sehr begründeter Anfangsverdacht besteht, schon heute vorsorglich und bis zur weiteren Klärung abzuschalten.

— K. S. (aus: *Lokalberichte Hamburg leicht gekürzt*)

AKW Krümmel und Leukämie-Erkrankung



„Nie!“ — Ein Plakat gegen AKWs aus den siebziger Jahren

Zweifellos ist radioaktive Strahlung ein eindeutiger Risikofaktor für die Entstehung von Leukämie. Einen Schwellenwert für den Beginn der Gefährdung gibt es dabei nicht, d. h. jede Erhöhung der Strahlenbelastung, und sei sie auch noch so gering, erhöht gleichzeitig auch das Erkrankungsrisiko. Tatsache ist, daß bei störungsfreiem Betrieb in der direkten Umgebung von Kernkraftwerken nur eine minimale Erhöhung der Radioaktivität meßbar ist. Es wäre jedoch falsch, dies auch mit einer nur minimalen Erhöhung der Erkrankungswahrscheinlichkeit gleichzusetzen. Tatsächlich kann diese minimale Erhöhung zu einer drastischen Erhöhung der Erkrankungswahrscheinlichkeit führen, und dies ist verursacht durch die Emission sog. künstlicher Radionuklide durch das Kraftwerk.

Künstliche Radionuklide

Überall, wo wir uns befinden, sind wir radioaktiver Strahlung, beispielsweise aus dem Weltraum bzw. von natürlichen strahlenden Elementen im Boden, ausgesetzt. Diese Strahlung, die je nach geographischer Lage unterschiedlich groß sein kann, nennen wir natürliche Radioaktivität.

In Kernkraftwerken wird durch die

Nahrung ständig auch natürliche Radionuklide in unseren Körper auf, die Gefährdung dadurch ist jedoch vergleichsweise gering, da diese strahlenden Stoffe nicht im Körper verbleiben, sondern schnell wieder ausgeschieden werden.

Anders verhält es sich bei den aus dem Kernkraftwerk stammenden künstlichen Radionukliden. Da diese erst seit wenigen Jahrzehnten auf der Erde vorkommen, ist unser Organismus nicht darauf eingerichtet, sie zu erkennen. Aufgrund identischer chemischer Eigenschaften kommt es zu zuweilen folgenschweren Verwechslungen. So wird das künstliche Radionuklid Jod 131 mit natürlichem, nichtradioaktivem Jod verwechselt und bei Bedarf in der Schilddrüse eingelagert. Dort wird es dann bis an unser Lebensende bleiben und — zwar mit minimaler Intensität, aber beständig — das umliegende Gewebe bestrahlen. In bezug auf kindliche Leukämie verdächtiger ist das ebenfalls von Kernkraftwerken abgegebene Strontium 90. Aufgrund seiner chemischen Struktur wird Strontium 90 vom menschlichen Körper mit Calcium verwechselt und bei Calciumbedarf in den Knochen eingelagert. Kinder sind hier von besonders betroffen, da bei ihnen ein erhöhter Calciumbedarf besteht. Einmal in den Knochen eingelagert,

Wieder Hetze gegen Ausländer und Linke

Berliner Innensenator Heckelmann (CDU) legte den „Kriminalitätsbericht“ für 1994 vor

Auch der diesjährige Bericht zur Kriminalitätsentwicklung in Berlin steht im Dienst politischer Propaganda. Der deutliche Rückgang der erfaßten Straftaten um 2,6 Prozent wird als Folge der Aufrüstung des Polizeiapparates gewertet, die verstärkt werden soll.

Straftäter sind in Berlin vor allem „Fremde“

Im Zentrum des Berichtes steht das Bemühen nachzuweisen, daß die Täter vor allem Fremde, Ausländer sind. Wegen der heftigen Kritik an dieser Intention sind die „Straftaten“ wie Verstöße gegen das Ausländer- und Asylverfahrensgesetz einmal herausgerechnet worden. Es wird zugegeben, daß dann der Anteil von ausländischen Tatverdächtigen von 33,4 auf 27,2 Prozent sinkt. Eine Bereinigung wäre bei den Deliktgruppen „Erschleichen von Leistungen“ und „Urkundenfälschung“, die bei Ausländern meist von der unmenschlichen Behandlung von Flüchtlingen (Naturalzuweisungen, Abschiebungen in Folter oder Tod) herrühren, genauso angebracht. Die ungefähr 50-prozentigen Anteile an den Deliktgruppen Menschenhandel und Schmuggel von Rauschgiften rühren wohl daher, daß es sich hier ja um Lieferanten-Abnehmer-Beziehungen auf einem schmutzigen Markt handelt, der aber eben aus dem Ausland beliefert wird, und daher eine hälftige Beteiligung von Ausländern naheliegend ist. Deutlich ist, daß geklärt werden müßte, welche Ursachen die Nachfrage nach Drogen hat und vordringlich nach der Abnehmerseite im Handel mit ausländischen Frauen zu fragen wäre. Der Innensenator kündigt jedoch provokativ an: Die Tatort-Wohnsitz-Beziehung soll noch detaillierter erfaßt werden.

Zigarettenhändler als ethnisches Feindbild

Die rassistische Darstellung der sogenannten organisierten Kriminalität nach ethnischen Tätergruppen wird beibehalten. Die erfaßte Schadenssumme ist im Verhältnis zur großen propagandistischen Bedeutung der organisierten Kriminalität gering. Sie beträgt 28,6 Millionen DM, wenn man von einem von der ZERV (siehe nächste Seite) bearbeiteten Großverfahren im Zusammenhang mit der Währungsumstellung (1,032 Milliarden DM Schaden) absieht, das ja eher in den Bereich Wirtschaftskriminalität gehört. Zum Vergleich: Die gesamte Schadenssumme durch Delikte betrug 1,93 Milliarden DM, davon allein 1,48 Milliarden DM infolge von Wirtschaftskriminalität. Wieder werden die vietnamesischen Zigarettenhändler als Schwerverbrecher hingestellt. Scheinbar wird diese Einordnung durch solche furchtbaren Morde wie kürzlich in dem Ausländerwohnheim in der Havemannstraße, wo fünf vietnamesische Bewohner getötet und zwei schwer verletzt wurden, bestätigt. Allerdings ist nicht sicher, daß die Täter ebenfalls Vietnamesen waren. Das Konzept des Berliner Innensensors, die Vietnamesen generell als Kriminelle hinzustellen — und das bei einer Zahl von ungefähr 100.000 vietnamesischen Asylbewerbern im Bundesgebiet — schafft erst die Probleme, die es angeblich lösen will. Im Bericht heißt es: „1994 wurden in der Berliner PKS (Polizeiliche Kri-



Für Berlins CDU-Innensenator Heckelmann sind auch im Jahr 1994 die kriminalpolizeilich von seinen Behörden in Berlin erfaßten Straftäter vor allem „Fremde“, Flüchtlinge und andere Personengruppen ohne deutschen Paß gewesen. Unser Bild zeigt eine Demonstration am 29. August 1992 in Rostock, damals aus Anlaß der Brandanschläge auf Ausländer- und Flüchtlingsheime. (Foto: af/mz)

minalitätsstatistik, d. Red.) 5861 vietnamesische Tatverdächtige erfaßt. Diese Nationalitätengruppe trat nach der Vereinigung anfangs nur mit relativ unbedeutender Kriminalität in Erscheinung. Quantität und Qualität änderten sich aber im gleichen Maße, wie sich der illegale Zigarettenhandel in der Stadt ausbreitete. Vor diesem Hintergrund sind 1994 insgesamt 111 schwere Straftaten in der Regel durch Vietnamesen zum Nachteil von Vietnamesen — Mord/Totschlag, Raub, Erpressung, Geiselnahme, Entführung u.a. — bekanntgeworden, die sich durch sehr hohe Gewaltbereitschaft auszeichneten und der illegalen Sicherung und Gewinnung von Marktanteilen dienten.“ Die Sache wird also hier so dargestellt, als ob, wer mit Zigaretten illegal handelt, auch bald zum Mörder wird.

Ein unbefangener Beobachter muß doch zu dem Schluß kommen, daß eine Menschengruppe, die zu gesetzeskonformem Verhalten bereit war, durch wirtschaftliche Pressionen zum Schmuggel getrieben worden ist. Durch unangemessen scharfe Verfolgungsmaßnahmen und eine öffentliche Hetzkampagne ist es dann auch noch gelungen, die Herausbildung einer vereinzelt Schwerkriminalität herbeizuführen, und wenn jetzt 5861 vietnamesische Tatverdächtige in der Kriminalstatistik des Innensensors dem organisierten Verbrechen zugeschlagen werden, so ist das das sicherste Mittel, ein Milieu zu erzeugen, in dem sich tatsächliche Verbrecher bewegen können

Linke Wölfe — Rechte Schafe

Die deutliche Abnahme (-47,1 Prozent) bei „linksextremistischen Straftaten“ wird mit rein politisch motivierten Wertungen kommentiert, die gerade mit Straftatbeständen nicht das geringste zu tun haben.

Die erfolglose Olympiabewerbung Berlins habe die Szene befriedigt und vorübergehend beruhigt.

Oder an anderer Stelle im Bericht: „Der Rückgang der erfaßten Delikte stellt zwar eine erhebliche statistische, jedoch keineswegs eine tatsächliche Entlastung dar, weil insgesamt eine qualitative Veränderung des Phänomens linksextremistischer/terroristischer Straftaten zu verzeichnen ist, die zwangsläufig auch zu veränderten präventiven wie repressiven Bekämpfungsansätzen führte.“ Dieser Galimatias belegt nur, daß ihn jemand mit zwanghaftem Drang nach mehr Repression verfaßt hat.

Weiter: „Die gegenwärtig besonders in der Jugendarbeit propagierte Form des Antifaschismus ist — verkürzt — eine ‚Spielart‘ der in linksextremen Kreisen immer aktuellen ‚Anti-Staats-haltung‘.“ Offensichtlich wünscht man sich, daß bereits die staatsfeindliche Gesinnung unter Strafe gestellt wird. „Dem Zulauf, den die Antifa-Bewegung erfuhr, hat die RAF seit 1992 in ihren Publikationen Rechnung getragen, weil sie als eine der möglichen Strukturen

zum ‚Aufbau der Gegenmacht von unten‘ angesehen wird.“ Der notorische Versuch, normale Vorgänge politischer Willensbildung zu kriminalisieren. Ablehnung des Obrigkeitsstaats soll anrühlich gemacht werden, indem die sachlich unmotivierte Erwähnung des Reizwortes RAF das Denken beim Leser ausschaltet.

26,6 Prozent mehr rechtsextreme Delikte wurden im Berichtszeitraum um 26,6 Prozent verübt. Aber: fremdenfeindliche Taten seien weniger geworden. Die Zunahme antisemitischer Delikte um 22,4 Prozent ist eine andere Sache. Auch seien die Täter unorganisiert, nicht eindeutig ideologisch ausgeprägt, alkoholisiert. Wahrscheinlich ist in Polizeikreisen schon das nicht ideologisch eindeutig ausgeprägte Hakenkreuz erfunden. Deutlich ist: Eine Polizeibehörde, die in großem Umfang mit Übergriffen gegen ausländische Mitbürger belastet ist, kann Rassismus schon gar nicht mehr registrieren. Kriminalitätsstatistische Berichtersteller, die solche Vorgänge wie die Mißhandlung und Erpressung von Abschiebehäftlingen durch Vollzugsbeamte oder Mißhandlungen von vietnamesischen Zigarettenhändlern durch Polizisten nicht erwähnenswert finden, sind zu einer realistischen Sicht rechtsextremistischer Taten nicht in der Lage.

Ein Innensenator, der selbst im rechten Sumpf mitrührt, hat ein Interesse daran, daß die Verbrechen der politischen Rechten verharmlost werden. — (chk)

Anhörung „Amnestiedebatte und Schlußgesetz“

Berlin. Die PDS-Bundestagsgruppe veranstaltete am 25. März eine öffentliche Anhörung zu „Amnestiedebatte und Schlußgesetz“. Angesichts Zehntausender eingeleiteter Ermittlungsverfahren und der rechtswidrigen Fortsetzung der politischen Strafverfolgung von DDR-Bürgern äußerten sich Politiker, Juristen und Betroffene zur Situation. Die Anhörung stellte klar, daß eine selbst von einigen CDU-Politikern befürwortete Amnestie keine Lösung ist, da sie eine Verurteilung voraussetzt. Dagegen entspräche es der Rechtslage und käme dem inneren Frieden zugute, wenn die praktizierte politische Strafjustiz per Gesetz beendet würde. Ein solches Gesetz könnte ein „Schlußgesetz“, das keine Schuld unterstelle und die Verfolgung solcher Straftaten, die auch nach DDR-Gesetz zu ahnden wären, weiter ermögliche.

Der italienische Europa-Abgeordnete Lucio Manisco betonte, daß viele dieser Prozesse im Ausland noch viel stärker als in Deutschland als „politisch repressive Maßnahmen“ angesehen würden. Dort herrsche die Meinung vor, daß von Siegern über Besiegte zu Gericht gegessen werde und nicht etwa Gerechtigkeit geübt würde. Er selbst habe im Europaparlament dafür gesorgt, daß der Artikel 133 im Newman Report über Menschenrechte erschien

und durch Mehrheitsvotum im Ausschuß für öffentliche Freiheiten des Europäischen Parlamentes angenommen wurde, habe aber nie geglaubt, daß er so viel Staub aufwirbeln würde. Er fühle sich um so mehr bestätigt, als von offizieller Seite aus Deutschland dagegen vorgegangen werde. Es habe ihn belustigt, daß er in der deutschen Presse als Geheimagent der DDR bezeichnet wurde. Der Wortlaut des Artikels 133 ist: „Der Ausschuß hält die tatsächliche Anwendung von rechtlichen Normen auf Vorgänge, Situationen und Aktivitäten, die die ehemalige Deutsche Demokratische Republik bis zur Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten am 3.10.1990 betreffen, für eine Form der Diskriminierung von Bürgern und Organisationen der Ex-DDR, die gegen die Prinzipien und die Praxis des Völkerrechtes verstößt.“ Manisco schlußfolgerte, nun könne die Debatte über Gerechtigkeit und Menschenrechte schon unter einem anderen Vorzeichen geführt werden.

Es äußerten sich des weiteren Juristen und Völkerrechtler zum Thema. Prof. Poeggel, Völkerrechtler, betonte, daß es im Völkerrecht keinen Begriff „Unrechtsstaat“ gebe und daß sich aus der Konvention über die Staatenachfolge ein striktes Rückwirkungsverbot ergibt. So wurde bei der Angliederung des Saarlandes an die Bundesrepublik ausdrücklich festgelegt, daß niemand wegen seiner früher in der Saarfrage

eingenommenen politischen Haltung belangt werden darf. Strafrechtler Prof. Erich Buchholz konstatierte eine Verletzung des Einigungsvertrages, da praktisch die Übertragung fremden Rechtes, d.h. fremder Rechtsvorstellungen, stattfinde. Natur- und überpo-

sitives Recht, so werde argumentiert, stehe über dem DDR-Recht.

Die Anhörung schloß mit der Feststellung, daß ein „Schlußgesetz“ weder Gerechtigkeit noch Recht herstellen könne, aber als „Vergleich“ (so Buchholz) geeignet sei. — (abe)



Über 15 000 Menschen demonstrierten am 20. März vor der sächsischen Staatskanzlei gegen die Wirtschaftspolitik der CDU-Landesregierung. Sie verlangten u. a., daß die Regierung Biedenkopf den „Gesellschaften für Arbeitsförderung, Beschäftigung und Strukturentwicklung (ABS), bei denen 50 000 Arbeitslose in ABM beschäftigt sind, mehr Planungssicherheit verschafft. — (rül, Bild: ND)

Ein Anachronismus des kalten Krieges

von
Klaus Eichner

Nach Beendigung des Kalten Krieges wurde ein „Wechselbalg“ gezeugt, der alle Krankheiten der vorangegangenen politischen Systemauseinandersetzung in sich vereinigt: Intoleranz, Willkür und Machtmißbrauch, politische Vorgaben für das Funktionieren von Strafverfolgung und Justiz, Rache an Vertretern des anderen politischen Systems etc. etc. Dieses „Kind“ erhielt von den Siegern den Namen — „Zentrale Polizeiliche Ermittlungsstelle für Regierungs- und Vereinigungskriminalität — ZERV“, wurde auf Beschluß der Innenministerkonferenz vom Dezember 1990 gebildet und in Berlin angesiedelt. Es war festgelegt, daß ZERV durch die Entsendung von Personal aus den alten Bundesländern entsprechend unterstützt wird.

Diese polizeiliche Ermittlungsstelle hat einen Stellenplan von 488 Mitarbeitern, davon 340 Ermittlungsbeamte. Regelmäßig klagen ihre Verantwortlichen, daß die Zusagen der alten Bundesländer zur Entsendung von Beamten — trotz entsprechender „Buschzulage“ (gemeint ist die Arbeit im Osten) — nicht eingehalten werden.

Die „Sonder-Staatsanwaltschaft II“

Parallel dazu erfolgte die Bildung einer Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin. Nach einem Gesetzesentwurf des Bundesrates zur „Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 15.3.1994 zur Errichtung einer besonderen Staatsanwaltschaft beim Berliner Landgericht zur effektiven Verfolgung der Regierungskriminalität“ wurde diese Arbeitsgruppe zur sogenannten Staatsanwaltschaft II umgebildet und ihr Leiter, Herr Christoph Schaeffgen, zum Generalstaatsanwalt ernannt. Zusätzlich zu den der Staatsanwaltschaft Berlin schon zugeführten 330 Staatsan-

wälten sollen in der „Sonder“-Staatsanwaltschaft II weitere 86 Staatsanwälte tätig sein. Für 1995 fordert die Berliner Staatsanwaltschaft den Einsatz weiterer 22 zusätzlicher Richter und einer entsprechenden Zahl Justizangestellter, allein die zusätzlichen Kosten sollen 3,5 Millionen DM betragen.

Die Justizsenatorin Peschel-Gutzeit ist der Meinung, es müßten zusätzlich acht Strafkammern mit insgesamt 26 Richtern eingerichtet werden. Sie veranschlagt den Finanzbedarf für die nächsten 10 Jahre mit 35 Millionen DM. Um so größer ist ihre Enttäuschung, daß der Bundesfinanzminister — aus welchen Gründen auch immer — im Februar 1995 eine Kostenbeteiligung des Bundes an der weiteren Finanzierung dieses Projektes abgelehnt hat.

Der verbindliche Auftrag

In ZERV bündelt sich der politische Auftrag, den der damalige Bundesjustizminister und vormalige Chef des Bundesnachrichtendienstes, Klaus Kinkel, im September 1991 auf dem Deutschen Richtertag an die bundesdeutsche Justiz formulierte: „Es muß gelingen, das SED-Regime zu delegitimieren, das bis zum bitteren Ende seine Rechtfertigung aus antifaschistischer Gesinnung, angeblich höheren Werten und behaupteter absoluter Humanität hergeleitet hat, während es unter dem Deckmantel des Marxismus-Leninismus einen Staat aufbaute, der in weiten Bereichen so schrecklich war wie das faschistische Deutschland, das man bekämpft hat und — zu Recht — nie wieder entstehen lassen wollte.“

Zur Bewertung dieses „Auftrages“ ist es notwendig zu wissen, daß nach den Paragraphen 146 und 147 Gerichtsverfassungsgesetz dem Bundesjustizminister das Recht der Aufsicht und Leitung über die Staatsanwaltschaft zusteht und die Beamten der Staatsanwalt-

schaft als Gesetzesauftrag den dienstlichen Weisungen ihrer Vorgesetzten nachzukommen haben.

Die Aufgaben von ZERV werden wie folgt definiert: „Regierungskriminalität umfaßt Straftaten, die von Repräsentanten der ehemaligen Staats- und Parteiführung der DDR in Ausübung ihrer Funktionen begangen wurden.“ Dazu zählt ZERV: „Totschlag, einschließlich Versuch; Mord, einschließlich Versuch; Auftragsmord; Rechtsbeugung; Fahrlässige Tötung; Körperverletzung im Amt; Bedrohung; Unterlassene Hilfeleistung; Verschleppung; Nötigung; Unklare Todesfälle; Mißhandlung Gefangener; Politische Verächtigung; Wahlfälschung; Verletzung des Telefongeheimnisses.“

Mit dem zusätzlich eingeführten Begriff „Funktionärskriminalität“ sollen Handlungen der „hierarchischen Zwischenstufen“ erfaßt werden. „Die Vereinigungskriminalität umfaßt im wesentlichen Delikte, die sich aus der Vereinigung direkt und ihren unmittelbaren Folgen, überwiegend als Wirtschaftskriminalität, ergeben haben.“

Eine Zwischenbilanz

ZERV bearbeitete seit dem 3. Oktober 1990 bis 31.1.1995 allein in Berlin ca. 15 200 Ermittlungsverfahren (EV); davon sind gegenwärtig noch ca. 9 200 Verfahren anhängig. Aus den abgeschlossenen EV konnten bisher 153 Anklagen erhoben werden. In vier der neuen Bundesländer (es liegen keine Zahlenangaben von Brandenburg vor) wurden bisher rund 21 000 EV eingeleitet, woraus maximal 130 Anklagen entstanden sind.

So einfach läßt sich offenbar der Auftrag von Herrn Kinkel doch nicht umsetzen, wenn man außerdem bedenkt, daß nur ein Bruchteil der Urteile auch rechtskräftig ist. Aber wem dient dann dieser enorme Aufwand? Nach einer Aufschlüsselung von Generalstaatsan-

walt Schaeffgen fallen in Berlin unter die noch anhängigen EV: 1300 EV wegen Gewalttaten an der Grenze; 7730 EV wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Totschlag / Freiheitsberaubung; 100 EV wegen „MfS-Straftaten“ und ca. 70 EV wegen Wirtschaftsstraftaten.

Die Mehrzahl der EV wegen Rechtsbeugung ist entstanden aus der Aufhebung rechtskräftiger Urteile von DDR Gerichten gegen Straftäter (darunter nicht wenige Agenten westlicher Geheimdienste) und der nachfolgenden Anklage gegen die in den früheren Verfahren tätigen Staatsanwälte und Richter, z.T. auch gegen Zeugen in diesen Verfahren. Beachtenswert sind die Relationen zu den „vereinigungsbedingten Wirtschaftsstraftaten“. Nach Angaben des Leiters der AG Vereinigungskriminalität, Erbe, während einer Anhörung der CDU/CSU-Bundestagfraktion waren Ende 1993 beim LG Berlin 937 Ermittlungsverfahren (EV) wegen vereinigungsbedingter Wirtschaftskriminalität mit einer geschätzten Schadenssumme von 9,9 Milliarden D anhängig. Davon waren neun EV abgeschlossen mit einem Ergebnis der Zuführung von 500 Millionen DM an die Staatskasse. Wenn davon Anfang 1994 noch 70 EV übriggeblieben sind, dann ist das ein Beweis für die Schwerpunktbildung bei ZERV. Bisher sind aber nur 13 Angeklagte wegen dieser Delikte verurteilt worden.

Warum konzentriert ZERV nicht mehr Kräfte auf diesen Bereich, der dem Staatshaushalt der BRD doch zusätzliche Einnahmen bringen kann? Eine Antwort besteht wohl darin, daß sich damit die DDR nicht kriminalisieren und delegitimieren läßt und zu viel Bundesbürger in diese kriminellen Affären verwickelt sind. „Amigo-Affären“ hat ja die Bundesrepublik schon genug.

Klaus Eichner ist erster Sprecher der „Insiderkomitees zur Aufarbeitung der Geschichte des MfS e.V.“, Berlin.

PDS-Erneuerung — ohne Inhalt?

Von Wolfgang Gehrke

Ralf Fischer hat seine Sicht auf den PDS-Parteitag in der Mitgliederzeitschrift der PDS *Disput* dargelegt. Die *Politischen Berichte* haben das dokumentiert. Ich möchte eine andere Sichtweise vorstellen.

Zur Ausgangslage

Der Parteivorstand der PDS war vor dem Parteitag mit einer Reihe neuer Herausforderungen konfrontiert: Durch die Bundestagswahlen war eine politische Zäsur gesetzt. Die PDS hatte ihr wichtigstes Wahlziel, wieder in den Bundestag einzuziehen, geschafft. Notwendig war eine gründliche politische Analyse der Situation. Offensichtlich gab es einen Teil linker Kräfte, die „blauäugig“ auf Rosa/Grün gesetzt hatten und nun „enttäuscht“ waren. Für andere brachte das Wahlergebnis nichts Neues — nach dem Motto: „System“ bleibt „System“. Nach meiner Auffassung hatte sich das politische Kernproblem gefestigt: die konservative Hegemonie.

Es ging im Vorfeld des Parteitages also darum, eine Analyse der Wahlen und der daraus entstehenden Konsequenzen vorzunehmen, die Debatte über eine mittelfristige Reformalternative der PDS (nicht zuletzt in Konkurrenz zur SPD und den Bündnisgrünen) zu beginnen sowie die Geschichtsdebatte, die ja auch eine Debatte um Identität der PDS ist, weiterzuführen. Und es ging schließlich darum, sich den vorrangigen innerparteilichen Defiziten (vor allem Jugend und West) zu stellen.

Der Vorstand hatte mit den 10 Thesen ein inhaltliches Angebot unterbreitet, das eine Einschätzung der politischen Lage nach den Bundestagswahlen, wichtige Ansatzpunkte für eine mittelfristige Reformalternative der PDS und Fragen der innerparteilichen Entwicklung enthielt. Die Diskussion zu diesen Thesen verlief sehr selektiv. Sie spitzte sich auf die Frage des Gesellschaftsvertrages und des Klassenkampfes wie auch auf die Absage an den Stalinismus und die politischen Strukturen der DDR zu. In den 5 Punkten von Bisky, Gysi und Modrow wurden dann einige Fragen herausgegriffen, dabei hatte die Frage des Stalinismus — wie in den Thesen — einen großen Stellenwert.

Es geht dabei nicht um irgendein beliebiges Problem, sondern um eine zentrale Frage der Erneuerung der PDS. Das Problem lag hier wiederum darin, daß die Gegner einer klaren Absage an stalinistische (realsozialistische) Strukturen (und nicht nur der Verbrechen unter Stalin) ihre Positionen nicht als Gegenpositionen formulierten. Sie wichen im Grunde einer inhaltlichen Diskussion mit dem Argument aus, daß der Begriff nicht definiert sei, daß das alles zu undifferenziert sei usw. Das ist genau die Argumentation, mit der eine wirkliche Erneuerung sozialistischer Politik verhindert bzw. eine solche Erneuerung wieder zurückgenommen werden soll.

Es ist also keineswegs so, daß der Parteivorstand aus einem Parteitag „der Jugend und des Westens“ einen Parteitag der Stalinismus-Debatte machte. Vielmehr war diese Diskussion schon im Vorfeld des Parteitages im Gange und bestimmte die ohnehin vorgesehene „Generaldebatte“. Es geht hier also keineswegs um eine „zentralistische Verordnung von Begriffen und Zielen“,



Krefeld, August 1994. (Foto: Manfred Tripp)

da stimme ich mit Ralf Fischer überein, sondern um eine inhaltliche Auseinandersetzung um politische Vergangenheit und Zukunft. Selbstverständlich erfaßt sozialistische Erneuerung nicht nur den Austausch von Begriffen, sondern auch eine Veränderung der politischen Methode. Diese aber ist nicht losgelöst von politischen Inhalten.

Solidarität, Toleranz und soziale Kälte

Ralf Fischer erhebt den Vorwurf, der Parteivorstand habe Sahra Wagenknecht „aktiv den Mediengeiern zum Fraß vorgeworfen“; er habe damit das Gebot der Solidarität verletzt. Sahra Wagenknechts Dogmatismus entspringe der Tatsache, kein gelebter, sondern angelesener Sozialismus zu sein. Sie mache aus sich ein „marxistisches Kunstprodukt“. Ralf Fischer meint nun, „auf dieser Ebene“ hätte der Parteivorstand Sahra Wagenknecht akzeptieren müssen, stattdessen brachte er „den bürgerlichen Parteien und Medien das verlangte Bauernopfer“.

Zunächst: Es geht nicht um Personen, und ich sehe auch einen Mangel bei der PDS (wie bei anderen Parteien), daß Inhalte nicht als solche ausdiskutiert werden, sondern nur noch um Personen debattiert wird. Aber: Weil es um wichtige politische Inhalte geht, müssen nach meiner Meinung entgegengesetzte Inhalte ausgetritten werden. Dabei muß ich die vorgetragenen Positionen von Sahra Wagenknecht, die sich nun mal sehr exponiert hat, ernst nehmen. Im übrigen habe ich mich mit diesen Positionen (z. B. in der *Jungen Welt*) auch auseinandergesetzt. Ich kann doch nicht nach dem Motto vorgehen: Das ist so wieso kein gelebter Sozialismus, der Dogmatismus Sahra W. ist darauf zurückzuführen, daß sie die „Wärme der DDR-Gesellschaft vermißt“, also habe

ich das „auf dieser Ebene“ zu akzeptieren ... Es ging bei dieser Debatte um die Frage, ob die PDS ihren Grundkonsens, kein Zurück zu den politischen Strukturen der DDR, wieder aufgibt oder ob sie ihn bekräftigt. Die „Wärme der DDR-Gesellschaft“ ist bekanntlich sehr ambivalent gewesen. Selbstverständlich funktionierte sie anders als die rauhe kapitalistische Wirk-

lichkeit. Sie beruhte aber auf einem antiemanzipatorischen Politikverständnis, das tief in der kommunistischen Bewegung verankert war. Und wer sich dem entgegenstellte, erfuhr das sehr schnell.

Die hier nur andeutungsweise aufgeführten (aber den LeserInnen sehr bekannten) Streitpunkte sind Probleme, die von einer demokratisch-sozialistischen Partei ausgetritten werden müssen. Das ist nicht eine Frage, den bürgerlichen Parteien und den Medien ein „Bauernopfer“ zu bringen, sondern eine wichtige Frage für die PDS selbst.

Vielfalt als „Dach der Linken“

Den eigentlichen Dissenspunkt zu Ralf Fischer sehe ich in der Frage der „Vielfalt“, die er in seinem Artikel breit entwickelt. Das betrifft nicht die „Verfahrensfragen“. Selbstverständlich gibt es nur eine Bedingung für die Mitgliedschaft in der PDS: die Anerkennung von Programm und Statut. Und ebenso selbstverständlich darf es keiner „Parteiführung“ überlassen bleiben, zu entscheiden, wer in die Partei hineingehört oder nicht bzw. was politikfähig ist oder nicht.

Dabei möchte ich dennoch anmerken, daß es „die Parteiführung“ nach dem Statut nicht gibt. Es gibt den Bundesvorstand, den Vorsitzenden, stellvertretende Vorsitzende, den Bundesgeschäftsführer usw. Jedes Gremium und jede Person ist für sich verantwortlich. Hier sollte der Autor des Artikels doch genau sein, mit wem er sich jeweils auseinandersetzt.

Bei der Frage der Vielfalt scheint mir das Kernproblem darin zu liegen, was damit gemeint ist: Begreift mensch die PDS als ein Dach unterschiedlicher Strömungen, sozusagen als „Dach aller Linken“ — als lose Vereinigung der „ei-

gentlichen“ organisatorischen Einheiten. Oder ist die PDS eine Partei mit einem eigenen politischen Profil, das sie auf der Grundlage des Statuts und des Programms je nach der politischen Entwicklung und dem Willen der Mitgliedschaft weiter ausprägt. Das sind zwei verschiedene politische Ansätze, die nicht verkleistert werden sollten. Folgt mensch dem erstgenannten Herangehen, dann müßte es so etwas wie eine Bündnispolitik in der PDS (wie zwischen Parteien) geben. Dann wäre auch eine Art Proporzsystem bei der Besetzung der Gremien zwischen den verschiedenen Plattformen, IG, AG usw. logisch.

Folgt mensch dem zweiten Herangehen, dann gibt es zwar auch verschiedene Richtungen, Plattformen, politische Intentionen usw.; aber es gibt auch eine nach dem demokratischen Willen der Mehrheit zustandegekommene politische Linie. Und natürlich gibt es auch Minderheiten-Positionen, die entsprechend beachtet werden müssen.

Ich bekenne mich zu dem letztgenannten Herangehen. Die PDS hat nur eine Chance, wenn sie sich ein unverwechselbares politisches Profil weiter erarbeitet. Gerade eine linke, demokratisch-sozialistische Partei mit der bekannten Vergangenheit muß berechenbar sein. Das ist für mich auch ein Problem der Politikfähigkeit. Denn diejenigen, die mit der PDS sympathisieren, oder diejenigen, die sie „nur“ wählen, haben ein Recht darauf zu erfahren, welche Politikinhalte die PDS vertritt und welche nicht. Wenn die PDS lediglich ein „Dach“ gleichberechtigter verschiedener Strömungen oder Organisationen ist, kann sie auch kein nachvollziehbares Profil entwickeln, bleibt sie immer unbestimmt.

Ralf Fischer präferiert offenbar die von mir erstgenannte Option. Er operiert mit dem Parteiprogramm: Die PDS wolle zum Dialog und zur Zusammenarbeit der Linken beitragen und sei selbst ein Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte. Dabei müßten alle willkommen sein ... Diese Betrachtungsweise blendet aber etwas ganz Elementares aus: Vor dem letzten Abschnitt des Parteiprogramms gibt es noch vier andere, in denen die Politik der PDS entwickelt wird, Positionen zur Geschichte festgeschrieben sind usw. Schon von daher gibt es keine Beliebigkeit.

An anderer Stelle schreibt er, notwendig sei eine Veränderung der politischen Methode: „offene, in sich vielfältige, den Pluralismus fortschrittlicher Standpunkte aushaltende Prozesse des gemeinsamen Streits und Lernens statt zentralistischer Verordnung der Ziele und Wege“. Meine Position ist: Keine zentralistische Verordnung von Zielen und Wegen, überhaupt von politischen Positionen, aber auch nicht ein einfaches Nebeneinanderstellen von Positionen und die dann „aushalten“. Wir brauchen einen geregelten Diskussionsprozeß, um die Meinungsverschiedenheiten über den zukünftigen Weg der PDS, über die zentralen politischen Fragen, zu denen die PDS eine Antwort geben muß, austragen zu können. Dazu gehört auch eine Verständigung über die PDS selbst. Eine solche Strategiedebatte hat begonnen, und sie sollte breit geführt werden.

Wolfgang Gehrke ist stellvertretender Parteivorsitzender der PDS.

Das Dritte Reich wird zum Untergang verurteilt

Die nationalsozialistische Neuordnung Europas scheitert am Widerstand der Welt

Im Januar 1943 formulierte der Präsident der USA, Roosevelt, auf der Casablanca-Konferenz erstmals öffentlich als gemeinsames Kriegsziel die „bedingungslose Kapitulation“ Deutschlands. Zu diesem Zeitpunkt war der Herrschaftsbereich des Faschismus noch ins Riesenhafte überdehnt, und die Völker Europas litten. Für die militärischen Fachleute allerdings war bereits klar, daß – und vor allem wie – die furchterregende Militärmacht der Faschisten niedrigerungen werden könnte. Gestützt auf den Kampf der Sowjettruppen an der Ostfront des Reiches, der den Großteil der Kräfte der Wehrmacht band, konnte beschlossen werden, die Faschisten zunächst aus Afrika zu vertreiben, sodann zur Landung in Sizilien anzusetzen und die Invasion in Frankreich für 1944 möglich zu machen, wozu Mittel gegen die U-Boot-Gefahr im Nordatlantik gefunden und die Luftwaffe des Reiches weitgehend ausgeschaltet werden mußte. (Siehe auch *Politische Berichte* 6/95).

Das Kriegsziel der „bedingungslosen Kapitulation“ war weitreichend. Es war dies nicht nur ein militärisches Ziel, etwa in dem Sinn gemeint, daß das Deutsche Reich zur bedingungslosen Einstellung der Kampfhandlungen gezwungen werden sollte. Es ging um mehr. Die Anti-Hitler-Koalition nahm sich damit vor, die vom deutschen Nationalsozialismus eingeleitete faschistische Neuordnung Europas rückgängig zu machen und den Völkern Europas, ganz wesentlich auch dem deutschen Volk, einen politischen Neuanfang zu ermöglichen. Da der Nationalsozialismus seinen Machtbereich auf ein so großes Gebiet erstreckt und seine Herrschaft so vielen Völkern aufgezwungen hatte, war in Europa ein faschistisch strukturierter Wirtschafts- und Herrschaftsraum entstanden. Die bedingungslose Kapitulation beinhaltete das Ziel der vollständigen Auflösung der unter der Herrschaft des Faschismus entstandenen wirtschaftlichen und politischen Strukturen.

Dieses außerordentlich weitreichende Kriegsziel aufzustellen oder aufzugeben, lag jedoch nicht im Belieben der Anti-Hitler-Koalition. Die Weltgesellschaft befand sich gegenüber dem Faschismus, vor allem gegenüber dem Nationalsozialismus der Deutschen Reiches, in einer Notwehrsituation, und den damals Kämpfenden war klar, daß ihre Gefährdung kein Ende haben würde, solange es eine nationalsozialistisch bestimmte Herrschaft gab. Das folgte auch den Merkmalen der nationalsozialistischen Herrschaft, die von einer bloß denkbaren und möglichen zur tatsächlichen und schrecklichen Entwicklungsvariante der monopolkapitalistischen Gesellschaft und, auswachsend und bedrohlich, für den großen Teil Europas eine grauenhafte Realität geworden war.

Grundzüge der faschistischen Neuordnung

Der Nationalsozialismus entwickelte Durchschlagskraft gerade durch die Verbindung von Modernität und Brutalität. Die Organisation der Gesellschaft durch die Faschisten negierte die Urteilskraft der einzelnen Individuen und ordnete alle Lebensäußerungen in ein Konzept der Beherrschung der Welt ein, das durch den „Führer“ verkörpert und durch die Staats- und Parteigewalt despotisch durchgesetzt wurde. Eine derar-

tige, alles durchdringende politische Organisation des Lebens kann sich erst in einer industriell hoch entwickelten Gesellschaft bilden. Die moderne kapitalistische Gesellschaft mit ihrer über weite Räume hin erstreckten Arbeitsteilung und ihrer auf strikter Hierarchie aufgebauten Arbeitsorganisation schafft die reale Basis für die Wahndee einer vollständigen Verwaltung und Verwertung des menschlichen Lebens. Erst in der monopolistisch organisierten Großproduktion durchdringen gesellschaftliche Organisationsansprüche das ganze Leben direkt und nehmen die Gestalt von Weisungen an Abhängige an. Hier erst wird die Unterdrückung der Unterdrückten verdoppelt, im öffentlichen Leben packt sie das vom Staat gesetzte positive Recht, in der Arbeitswelt gilt die lediglich durch den Wirkungsbereich eingegrenzte absolute Weisungsbefugnis der Vorgesetzten und die unumstößliche Gültigkeit der Vorgaben der Hierarchie. Erst in dieser modernen Gesellschaft taucht die Idee auf, daß es für alle und jedes eine kompetente Autorität gäbe, die es besser wissen müsse, so daß jede konkrete Lebensäußerung eines Menschen erst dann Anerkennung findet, wenn sie erkennbar einem fremden Willen nachfolgt. Das Koppelschloß der SS-Männer trug die Aufschrift: „Meine Ehre heißt Treue“. Das zeigt, wie hier die Grenze, die Ehr- und Gewissen der konkreten Person noch dem absoluten Herrschaftsanspruch eines Königs zogen, fällt.

Die faschistische Neuordnung Europas wurde möglich, weil der Operationsraum der großen Konzerne an die Grenzen des bürgerlichen Nationalstaates stieß. Sie wurde durch das Deutsche Reich eingeleitet und als Kampf um die deutsche Vorherrschaft geführt, weil das Deutsche Reich im Unterschied zu allen Nachbarn die usurpatorische Ausdehnung seines Staatswesens in ihren ersten Schritten als Herstellung des Nationalstaates verkappte konnte. Die Einverleibung von Nachbarn wurde als staatliche Zusammenführung des Deutschtums kultiviert. Die Situation des Deutschtums in Europa, die durch eine industrielle Vormachtstellung gegenüber den Völkern des Ostens und Südostens gekennzeichnet war, machte empfänglich für den Wahn vom deutschen Herrenmenschen, der ein tatsächliches Herrschaftsverhältnis ausdrückte und alle Nachbarn zunächst ideologisch und dann real in ein Unterordnungsverhältnis setzte.

Die nationalsozialistische Politik verlieh auch der mit aller Brutalität durchgeführten nationalistischen Homogenisierung, der Gleichschaltung der Deutschen, eine enorme, wenn auch kurzlebige Schlagkraft, und sie versüßte die Situation der Bedrohung und Entmündigung mit der Teilhabe an der Herrschaft. Gerade dadurch, daß den Deutschen ein Geburtsrecht auf Herrschaft, freilich im Gefolge eines Führers, zugesprochen wurde und dann in dem Maße, in dem dieser Herrschaftsanspruch durch Eroberungen realisiert wurde, wurde die Abgrenzung gegenüber dem anderen, Un- oder Nichtdeutschen immer nötiger.

Der Nationalsozialismus war darauf angelegt, den Wirkungsbereich der deutschen Konzerne durch Eroberungen auszudehnen. Die informierteren Zeitgenossen erkannten damals recht genau, daß der Rassenwahn mit einer Herrschaftsorganisation korrespondierte, nicht umsonst wurde dem Fa-

schismus vorgeworfen, „Sklavenerbeit“ zu realisieren, nicht umsonst z. B. der IG-Farben-Konzern als eine tragende Organisation des Faschismus aufgelöst.

In der kurzen schrecklichen Zeit, in der sich dieses Modell einer Gesellschaftsorganisation realisierte, zeichnete sich durch die endlose Reihe der massenhaften Verbrechen auch ab, wie Europa bleibend gestaltet werden sollte. Errichtet werden sollte ein System der Zurichtung des Menschen auf vorgegebene Gebrauchszwecke, der unentrinnbaren Verurteilung der Nachbarvölker zu Sklavenerbeit, der Ausrottung von Abweichung und Widerstand, der alle stets erfassenden Bedrohung, verbunden mit dem Angebot an den Volksgenossen, im Getriebe der Herrschaft mitzuwirken.

Verknüpfung von Herrschaft und Deutschtum

Die größte und direkteste Gefahr für die bürgerlichen Gesellschaften lag in der Verknüpfung der hierarchischen Herrschaftsorganisation, auf der sie alle beruhen, mit einer bestimmten Nationalität, eben dem Deutschtum. Die begriffliche Verschmelzung von „Leitung“ und „Deutschtum“ sowie von „Staat“ und „Abstammung“ läßt jede andere Kultur oder Lebensweise als Bedrohung erscheinen. Nachbarliche Kultureinflüsse werden zur Systemstörung, sie müssen ideologisch diskriminiert, verwaltungsmäßig unterdrückt, schließlich durch Entfernung der Menschen, die solche alternativen Lebensweisen tragen, vernichtet werden.

Unter solchen Prämissen hatten die Faschisten zuerst das „Reich“ vergrößert und organisiert, dann Eroberungen veranstaltet und Regionen minderen Rechts eingerichtet. Eine organisierte und sorgfältig abgestufte Rechtsungleichheit war für das Reich, seine Protektorate, seine Wehrbereiche typisch. Andere Rechte hatte das Parteimitglied als das Nichtmitglied, andere der Soldat, andere der Unternehmer, andere der wehrpflichtige Bürger, andere der Zwangsarbeiter. Aber noch für die zu tötenden Nichtdeutschen war bis ins Detail und verwaltungstechnisch rationell geregelt, wie sie lebend oder tot zu verwerten wären.

Vor diesem Hintergrund verliert der oft geäußerte Gedanke, die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation habe die Aussichten des deutschen Widerstandes geschwächt und den Krieg verlängert, erheblich an Plausibilität. Was hätte es für die leidenden Völker Europas bedeutet, im Januar 1943 aus Casablanca ein Verhandlungsangebot der Alliierten an Hitler vernehmen zu müssen? Was anderes hätte der Gegenstand eines solchen Angebotes sein können als das Eingeständnis, daß man sich mit dem durch Gewalttat, Mord, Eroberung entstandenen Zwangsverband bis zu einem gewissen Grad abfinden wolle?

Es ist bekannt, wie sehr die Politik der Sowjetunion, sich durch Verhandlungen mit Hitler eine Atempause zu verschaffen, Menschen im Widerstand enttäuscht, verwirrt, ja in Verzweiflung getrieben hat. Was erst wären die Folgen für den Widerstand gewesen, wenn die Kriegsbeteiligten bei weiterlaufender Vernichtung des inneren Feindes durch die Faschisten zu Verhandlungen mit Hitler oder seinen ausführenden Kräften aufgerufen hätten?

Für die damals im Widerstand gegen das nationalsozialistisch organisierte Deutsche Reich Stehenden war die Vorstellung, daß diese Art von Herrschaft in keinem, auch nicht dem reduzierten Restbereich einen Anspruch auf Legitimität habe, unverzichtliche Grundlage ihres gemeinsamen Widerstandskampfes. Die durch die steten geschaffenen Rechts- und Leistungsverhältnisse konnten nicht Ausgangspunkt für irgendwelche Verhandlungen sein. Sie mußten gebrochen werden.

Ausschlaggebender Grund für die Entschlossenheit der kapitalistischen Demokratien, den Kampf bis zur bedingungslosen Kapitulation zu treiben, dürfte jedoch gewesen sein, daß der Nationalsozialismus ein Organisationsrezept für den europäischen Wirtschaftsraum darstellte, mit dem sie im Wesinne nicht leben konnten und das, lange es existierte, auch der von ihm ins Auge gefaßten Neuordnung Europas im Wege stand.

So trafen sich die unterschiedlichsten Elemente der Anti-Hitler-Koalition der Einsicht, daß die Chance auf eine neue, andere Entwicklung des Zusammenlebens der Völker in Europa i gewahrt werden könne durch die vollständige, die ideologische, die rechtliche organisatorische und die militärische faktische Entwaffnung der Faschisten. Unter diesen Gesichtspunkten ordnete sie ihre gewaltigen Anstrengungen.

Das Überlegenheitsdenken war restlos zu zerbrechen

In jedem Krieg spielt die Siegeszuversicht der Kämpfenden eine große, vielsagen die entscheidende Rolle. Für die Erfolge der Blitzkriege war das einflussreiche Überlegenheitsdenken ein wesentliche ideologische Voraussetzung. So war es unumgänglich, das Überlegenheitsdenken zu brechen, das sich im Deutschtum nicht bloß durch Propagandagerede, sondern durch die unerhörten Anfangserfolge der faschistischen Eroberung gebildet hatte. Es war unumgänglich, die Wehrmacht restlos, ohne jede Chance zu einer neuen Verarbeit (nach dem I. Weltkrieg hieß es: „Im Felde unbesiegt“) schlagen. Dies konnte nur in großen und opferreichen Schlachten geschehen, die zur restlosen Gefangennahme der Armee hingetrieben werden muß. Dabei war der Krieg so zu führen, daß der Phase des Endkampfes die militärische Aussichtslosigkeit geklärt war bis in die letzte Instanz, wo der prädestinierte Unterlegene allerdings noch suchen kann, etwas zu erreichen, in der „seiner Haut teuer verkauft“. Die Alliierten mußten zeigen, daß sie nicht nur in der Lage wären, Widerstand zu leisten, sondern auch, Widerstand mit begrenzten eigenen Opfern zu brechen. Der Gefahr, daß sich Verrohte, die durch Abhandlung ihrer Verbrechen zu fürchten hatten, mit verblendeten, verbildeten Jugendlichen zusammentäten, um einer letzten Terrororgie die Chance auf einen Neuanfang zu zunichte zu machen, war real vorhanden. Die Alliierten handelten vernünftig und keineswegs grausam, als sie bis in die letzte Phase des Krieges hinein Übermacht demonstrierten.

Noch heute zehrt jede Kritik am deutschen Imperialismus von der restbewiesenen Tatsache, daß ein deutscher Staat seine Nachbarn nicht besiegen kann.

Rechtlich-organisatorisch kann



TERMINE

12.5.: Frühjahrstagung der GNN-Verlage in Köln, ab 13 Uhr.

14.5.: Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bürgerschaftswahlen in Bremen

26.5.-28.5.: 5. Bundestreffen der Cuba-Solidaritätsgruppen in der BRD, Darmstadt. Rückfragen an: Netzwerk Cuba, Reuterstr. 44, 53113 Bonn, Tel. 0228/25 1505

27.7.-30.7.: Sommerschule in Schnepfenthal. Beginn am Donnerstag, 27.7., um 13 Uhr, voraussichtliches Ende am Sonntag, den 30.7., gegen 12 Uhr.

13.10.: Arbeitskreis Politische Berichte, Köln

13.10.-14.10.: Herbsttagung der BWK-Bundeskongress, Köln

die Alliierten nichts anderes als einen Befreiungskrieg führen, d.h. wo immer sie in der Lage waren, die Faschisten zu vertreiben, mußten sie sich mit den Trägern des Widerstands verbinden und konnten nicht auf die vorgefundenen zivilen Einrichtungen und Verwaltungsstrukturen der Faschisten zugehen. Sie mußten überall von der Unzulässigkeit der von den Faschisten eingerichteten Kollaborations- und Herrschaftsstrukturen ausgehen.

Dies galt schließlich auch für den Kernbereich der faschistischen Herrschaft, das Reich. Die Alliierten benötigten eine Konzeption der vollständigen Entwaffnung und der Aufhebung sämtlicher vorgefunder Herrschaftsverhältnisse, nur so war Raum zu schaffen für eine demokratische Neuorganisation.

Unter diesen Prämissen erscheinen die militärischen Handlungen der Armeen der Anti-Hitler-Koalition maßvoll, und es ist nicht zu sagen, daß die hochberechtigte Gegenwehr dieser vormals ausersehenen Opfer faschistischer Herrschaft breit zu einem Exzeß geworden wäre.

Von Soldaten der Hitler-Wehrmacht läßt sich noch heute erfahren, wie sehr sie in der Endphase des Krieges durch die drückende materielle Übermacht des Gegners im Westen demoralisiert wurden, wie auch durch die Tatsache, daß es kein Hinterland gab. Es mag ein nicht geringfügiger Grund für den ver-

bisseneren Kriegsverlauf im Osten gewesen sein, daß die durch den Angriff so schwer geschädigte Sowjetunion keineswegs in der Lage war, materielle Übermacht zu demonstrieren, sondern ihre Befreiung mit wahren Strömen eigenen Blutes bezahlen mußte.

Methoden der deutschen Geschichtsrevision

An den aktuellen Versuchen des Geschichtsrevisionismus, mit denen wir uns in dieser Artikelreihe hauptsächlich auseinandersetzen, werden vor diesem Hintergrund einige systematische Punkte erkennbar:

1. Der II. Weltkrieg wird nicht in Verbindung mit den Zielen beurteilt, die jene, die ihn begonnen hatten, so offen propagiert hatten. Die Kriegsziele des faschistischen Deutschen Reichs treten völlig in den Hintergrund. Sie werden oft genug durch das Herausstreichen der Entsetzen verbreitenden Herrschaftsmethoden der Faschisten verborgen.

2. Die typischen Methoden der Kriegführung werden nicht im Zusammenhang mit den Zielen dargestellt, sondern kurzläufig für sich selbst. Die Rasengesetze, die KZs, der Kommissarbefehl werden als einzelne, in ihrer Sinnlosigkeit rätselhafte Grausamkeiten verhandelt, sie werden nicht in ihrem Sinn für die Errichtung der faschisti-

schen Ordnung gestellt, den sie aber hatten.

3. Die Situation der Notwehr, in der sich die von Hitler Angegriffenen befanden, wird nicht zugegeben, vielleicht nicht einmal verstanden, sie verschwindet hinter den Tatsachen, nämlich so, daß Gewalt und Gegengewalt auf der letzten Ebene der Erscheinung oft nicht leicht und oft sogar gar nicht unterscheidbar sind.

Wir befürchten, daß hinter diesen Mängeln und Verlogenheiten eine größere politische Kraft wirkt als etwa das Bestreben, nicht mehr als Verbrecher dazustehen und den deutschen Ruf durch eine Lüge mehr aufzupolieren.

Gehen wir noch einmal zu den Zielen der Anti-Hitler-Koalition zurück. Es scheint so, daß sich die damals Beteiligten ziemlich bald darüber einig waren, daß die Identität von Deutschland und Herrschaft praktisch aufgelöst werden müsse auf zwei Wegen: erstens durch eine langfristig angelegte Begrenzung gerade der Souveränität von deutschen Staaten und zweitens durch die Verteilung des Deutschtums auf mehrere Staaten. Es scheint auch so, daß diese Maßnahme gefruchtet hat.

Jetzt allerdings, mit der deutschen Einigung, die bereits begehrt nach Österreich lugt, hat sich neuerlich eine Konstellation ergeben, in der Gedankenmüll aus der Zwischenkriegszeit zu Verhältnissen paßt, die neuerlich entstehen. Hier soll nicht versucht werden,

irgend jemandem die Absicht der glatten Wiederholung des Nationalsozialismus anzudichten, immerhin würde zur glatten Wiederholung auch die Wiederholung der vollständigen Niederlage gehören.

Jedoch organisiert sich nach Osten hin und unter tätiger politischer und wirtschaftlicher Mitwirkung des neuen Deutschlands ein Gefälle an Wirtschaftskraft und Verwaltungsproduktivität, in das deutsches Wesen eindringt. Gleichzeitig beobachten wir den außerordentlichen und verbissenen Unwillen, in Deutschland abweichende Lebensweisen und kulturelle Bezüge zu dulden. Auch ist die Bereitschaft der Behörden, Menschen in die Vernichtung abzuliefern, mehr als nur ein Warnsignal.

In einem letzten Aufsatz dieser Reihe wollen wir nachschauen, welche Momente der aktuellen deutschen Außenpolitik darauf hindeuten, daß Interessenlagen, wie sie für den kurzlebigen Triumph des Faschismus in Deutschland ausschlaggebend waren, wieder wirkungsmächtig werden und welche Momente in der deutschen Politik, der deutschen Kultur, der deutschen Ideologie reaktivierbar und für die Rationalisierung eines deutschen Hegemoniestrebens ausbaufähig vorhanden sind.

— (maf, scc)

Literaturangaben wollen wir mit der letzten Folge veröffentlichen.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.

Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln, zur Zeit verboten), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 120722, 68163 Mannheim), Jörg Detjen (über: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Palmallee 24, 22767 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz).

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion / Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-

Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260226, 50515 Köln. Hausadresse: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373, Datentelefon (nur für GNN-Programme): 0221/246915.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Konto-Nr. 10419-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 45,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 91 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: Tribüne Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen:

Berlin: GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eingang C, 10967 Berlin, Tel. 030/6949257, Fax: 030/6949454.

Hamburg: GNN-Verlag, Palmallee 24, 22767 Hamburg, Tel. 040/381393, Fax: 040/3898331.

Hannover: GNN-Verlag, Grenzweg 4, 30165 Hannover, Tel. 0511/3520816.

Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373.

München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Tel. 089/5026541, Fax: 089/5028112.

Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 034204/65711, Fax und Dat.-Tel. 034204/65893.

Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 621532.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- o 4 Ausgaben für 10 Mark (bellegen) zum Kennenlernen.
- o Im Halbjahres-/Jahresabo (39,00 bzw. 78,- DM je Einzelabo)
- o Im (Halbjahres)-Förderabo (45,50,- DM je Einzelabo).
- o Halb-/Jahresabo für neue Länder (26 bzw. 52,- DM im Jahr)

Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

(Bank) Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

7/95

Das große Hallelujah

Nicht ist mehr fern
Alles ist nah
Was wir vermißten
Über vierzig Jahr
Ist jetzt
Für alle da

Wir sind umgeben
Von einem Segen
Der vorher unbekannt
In unserem Land
Wer arbeitet
Hat nun wieder
Einen Chef
Er trägt allein
Die schwere Last
Zu entscheiden
Wer gehen soll
Oder bleiben

Dabei ist man
Kulant
Und schickt
Die Kündigung
Per Post
Oder überreicht sie
Sogar
Per Hand
Um jeden
Kümmert sich dann
Das Arbeitsamt
Wo eine Dame
mit freundlichem Gesicht
Erklären kann
Ob man gebraucht wird
oder nicht
Und um die Ecke
Gibt es jetzt
Einen Arbeitslosen
Treff
Dort läßt sich
In aller Ruhe plauschen
Und seinen Senf
Über große Zeiten
Ausbreiten
Und austauschen

Nicht weit davon
Wie wohlbedacht
Hat man
Die Suppenküche
Aufgemacht
Dort können sich
Auch alle sehen
Lassen
Die ihre Rente
Zu rasch
Verprassen

Nicht weit
Vom Schuß
Der Mieterbund
Wo kostenlos
Allen geraten
Mit dem Einspruch
Nie zu warten
Solch Beistand
Hatte uns
Bisher gefehlt
Auch dafür
Haben wir
Gewählt

Gleich der Schule
Gegenüber
Im Kino
Man den Sprößling
Über Sex aufklärt
Damit er erfährt
Was kein Lehrer
Leisten kann

Denn er bietet
Keine Filme an
Wenige Schritte
Davon weiter
Findet sich
Ein kleiner Laden
Dort sind
Prima Pornos
Zu haben
Alles vom Feinsten
Letzter Schrei
Selbstverständlich
Jugendfrei

Im Kleinen Park
Nebenan
Ist die große Sause
Dran
Von Haschisch bis Heroin
Zum erstenmal in Ost-Berlin
Sind ein paar
Schöne Stunden drin

So kann
Der mündige Bürger von
Morgen
Sinnvoll seine Freizeit
Nutzen
Und Eltern haben
Keine Sorgen
Man werde ihre Bälger
Zu roten Socken
Stutzen

Dem gleichen Ziel
Dient auch
Der Brauch
Die Kitas geben auf
Oder werden geschlossen
Sie sind sowieso
Von Anfang an
Eine List
Der Seilschaft
Von Genossen
Endlich können
Alle Mütter
Ihre Kleinen wieder
Selbst versorgen
Sie haben nun
Meist nichts zu tun
Ab frühem Morgen

Auch in das
Seniorenheim
Weht
Der frische Wind
Hinein
Die lieben Alten
Mag Gott sie erhalten
Doch solange
Sie noch leben
Sollen

Alle Anverwandten
Ihr Scherflein
Dazu geben

Und
Nicht weit von hier
Das Polizeirevier
Jetzt ist man froh
Über das Weltniveau
Einbruch rund um die Uhr
Wohnungen besonders beliebt
Banken werden überfallen
Weil dort zuviel Knete
Liegt
Mord und Totschlag
Tag und Nacht
Autos
Werden aufgeknackt
Auf Bestellung
Wird geklaut
Frauen
Raubt man
Am laufenden Band
Die Taschen
Aus der Hand

Und abends
In der Kneipe
Gibt es
Regelmäßig
Keile
So hat
Die Polente
Endlich
Wieder
Keine lange
Weile

Deshalb
Frag ich mich
Jeden Morgen
Wenn ich aufwach
Ohne Sorgen
Wie konnten
Wir nur
Leben
Ohne solchen
Segen

Liebesgedicht

Sie
Ist
Vom Leben
Müde
Meine liebe Frau
Es war wohl
Etwas viel
Das Welttheater
Auf ihrem Weg
Zwei
Große Kriege
Dazu
Die Bestie
Aus Braunau
Als
Letzte Pein
Die vierzig Jahre
Sollen
Nichts gewesen
Sein
Etwas
Zuviel für
Meine liebe Frau
Jetzt ist sie
Müde
Wie ein Tier
Am Ende
Seiner Tage
Will
Nur
Man soll
Ihr Ruhe
Geben
Von diesem Leben

Der Preis der Wende

**Ein Poesiealbum von Heinz Kamnitzer
Demnächst neu bei GNN**

Heinze Kamnitzer's erstes, in „holpernde“ Reime gefaßtes Büchlein „Abgesang mit Herzscherzen“, 1990 erschienen, fand ein ungewöhnliches Echo und ist schon nicht mehr erhältlich.

Im Mai wird der GNN-Verlag Sachsen alle seit 1989 gefertigten Reime des früheren PEN-Präsidenten der DDR sowie seinen in den „Weißenseer Blättern“

erschienenen Aufsatz „Epitaph auf meinen Vater“ in einem Band herausgeben. Der Band (ca. 240 Seiten, Preis 19,80 DM) ist bei Bestellungen bis zum 15. 5. zum Subskriptionspreis von 16,00 DM plus Versandkosten zu erhalten. Wir dokumentieren auf dieser Seite das Vorwort von Hans-Dieter Schütt und zwei Gedichte Kamnitzer's aus diesem Band. — (rül)

Hans-Dieter Schütt

Leise! Was da tickt, ist doch Zukunft!

Nach-Denken über Heinz K.

(...) Heinz Kamnitzer rennt nichts und niemandem nach. Dieses Jahrhundert ist in des Autors Verständnis ein Kapitel Weltgeschichte zwischen Revolution, tausendjährigem Reich und seinen Folgen. Punkt. Das war's. Aber das war dennoch nicht alles. Denn was die Welt im Innersten zusammenhält, auch wenn sie nicht halten konnte, was uns die Welt schien — es ist etwas anderes als das, was den Kohl fett macht, und nicht nur ihn: Was die Welt zusammenhält, ist „Hoffnung auf Menschlichkeit, die wächst quälend langsam, aber sie wächst“. Sagt Peter Weiss.

Heinz Kamnitzer, geboren im folgenreichen Jahr 1917 in Berlin, hat sich sein Leben lang als Davongekommener verstanden. Was ihn, den Marxisten, gefährdete — es hat ihn auch stets gerettet: An Leib und Seele hat der Essayist,

Schriftsteller und Historiker begriffen, daß das Schicksal des einzelnen Menschen und das Schicksal der Menschheit auf einem Blatt stehen. Fraglos hat Kamnitzer besonders in seinen Essays immer wieder jener Geistigkeit zum Sprachklang verholfen, die Arthur Koestler einst das „Ticken der Zukunft“ nannte: Reflektierend, den einen zum Schock, den anderen zur Warnung, fand dieser Autor seine intellektuelle Verantwortung früh und fest in seinem Engagement, das von sozialer Empörung getragen ist. Stil und Moral: Geschwister.

1933 wegen antifaschistischer Tätigkeit inhaftiert, Flucht nach England, Polytechnikum in London, Hilfsarbeiter und Tischlerlehrling in Palästina, Chefredakteur von „Inside Nazi Germany“ (Schirmherrschaft: Lion Feuchtwanger, Heinrich Mann, Alfred Kantorowicz), Internierung in Kanada, Mitarbeit im Jüdischen Hilfskomitee für die UdSSR; 1946 Rückkehr nach Berlin, SED, Studium der Philosophie, Professor für Geschichte, ab 1955 freischaffender Schriftsteller, 1970 Nachfolger von Arnold Zweig als Präsident des PEN-

Zentrums DDR, Oktober 1989 Rücktritt. Werke u. a.: Zur Vorgeschichte des Deutschen Bauernkrieges, 1953; Der Tod des Dichters, 1974; Heimsuchung und Testament, 1981; Fernsehfilme der Zweig-Romane „Der Streit um den Sergeanten Grischa“, „Junge Frau von 1914“, „Erziehung vor Verdun“.

Das sind nur einige Daten aus den 43 Druckzeilen über ihn, entnommen dem letzten Nachschlagewerk über Persönlichkeiten aus der DDR. Leben, das den literarischen Erfolg kannte, das den Streit zu führen wußte um die Verteidigung der Sprache. Schreiben, das ist für Kamnitzer wohl immer der Abschied geblieben „von der rauschenden Vision, die Dichter seien die Gesetzgeber der Menschheit“. So hat er auch seiner Muse die Plätze benannt: „Im Augenblick muß sie sich damit begnügen, alle Phantasie aufzubringen, um zu helfen, daß die Erde nicht zur Hölle wird.“

Aus den poetischen Bruchstücken dieses Bandes kristallisiert sich etwas so selten Gewordenes wie Erstaunliches heraus: Einer bekennt sich zu seiner Gesinnung, wirft seine historische Erfahrung nicht über Bord, läßt sich nicht

täuschen von einer Freiheit, hinter der allzuoft sich die Dunkelmänner des Jahrhunderts ins Fäustchen lachen. In diesem Büchlein präsentiert Kamnitzer die Stolpersteine, die ihn wachhielten müde quälten. Lyrik? Reimkunst? Vielleicht eher das, was Henryk Kissel die Kunst nannte, „ungereimt zu sein Haken herauszustecken, sich ungelenk zu verhalten, verquer und doch provozierend gradlinig zu bleiben“.

Bitteres geht dem Verfasser während schlimmer Tag- und Nachtstunden in diesem Deutschland nach, macht ihm zu schaffen, beunruhigt ihn: die drohende Unvermeidbarkeit einer endgültigen Heimsuchung. Nicht erst jetzt hat er zu Protokoll gegeben: „Unser historische Gedächtnis ist witzlos, wenn es nur speichert, was gewesen, und nicht erinnert, was möglich ist. Dabei bin ich mir nicht mehr mit dem alten Hegel einig wonach die Geschichte einmal als Tragödie erscheint und sich dann als Farce wiederholt. Ich war bei der Premier dabei und kann mir nicht vorstellen daß eine Reprise komisch sein würde.“ (Nachwort zu „Abgesang mit Herzscherzen“, gekürzt)

Heinz Kamnitzer: „Der Preis der Wende“, GNN-Verlag Sachsen, ISBN 3-929994-35-6, ca. 240 Seiten, 19,80 DM. Bis 15. Mai: Subskriptionspreis 16 DM plus Versand.